# DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 34 ab Samstag, 23. Januar 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. DE72 1101 0100 2235 4091 57

*Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben*

Dies ist die 34. Ausgabe der meistgelesenen deutschen Wochenzeitung – unabhängig von Konzernen und Parteien.



# WIR SIND ÜBERALL

## Die Demokratiebewegung wächst und wächst und wächst und…

**Die Zeit ist reif. Die Menschen in Deutschland verständigen sich neu. Seit 28. März 2020 finden überall im Land kleine, mittlere und große Versammlungen statt. Die Millionendemonstrationen von Berlin, Leipzig und Stuttgart waren der Ausdruck einer noch viel breiteren Demokratiebewegung.**

Hinter jeder Maske könnte ein Mund sein, der jeden Moment für Freiheit und Gerechtigkeit ruft. Jede Joggerin könnte ein Exemplar des Grundgesetzes bei sich tragen. Jeder Polizist längst in der inneren Emigration sein. Jeder Arzt ein wahres Wort sprechen. Überall gründen sich neue Gruppen. Auf jedem Dortmunder Dachboden könnte ein Verfassungstreffen stattfinden; in jedem Karlsruher Keller ein Gewerkschaftstreffen; in jeder Cottbuser Kirche eine Demokratierunde. Dagegen helfen keine Verbote, keine V-Leute, keine Verleumdungen.

### EINE BEWEGUNG FÜR FREIHEIT UND RECHTSSTAAT

Als die Regierung am 25. März 2020 mit dem Notstandsregime den Boden des Grundgesetzes verließ, stand eine zweistellige Millionenzahl wacher Demokratinnen und Demokraten auf. Sie sagten: »Wenn der Merkel-Staat sich nicht mehr an das Grundgesetz hält, sorgen wir für die Durchsetzung von Freiheit und Rechtsstaat. Das ist die beste Lehre aus den düsteren zwölf Jahren.« Und die Bewegung wächst seither umso schneller, je mehr sie unterdrückt wird.

Doch was hat die deutsche Demokratiebewegung vor? Das Grundgesetz wird verfassungsrechtlich erweitert werden, verbindliche Volksentscheide über alle grundlegenden Fragen eingeführt. Darunter die Entscheidung über eine Währung, die Mitgliedschaft oder der Austritt aus internationalen Organisationen und die Einführung des »imperativen Mandates«. Damit können Abgeordnete von einer qualifizierten Zahl ihrer Wähler sofort zurückgeholt werden, wenn sie gegen die Bedürfnisse der Wähler abstimmen wollen. So wird der Lobbyismus gebrochen und der »Tiefe Staat« zurückgedrängt. Mit der neuen deutschen Verfassung, die feierlich in Kraft gesetzt werden wird, wird die friedliche Revolution von 1989 auf Basis des Grundgesetzes vollendet und die amerikanischen und englischen Truppen festlich verabschiedet.

### WIR MACHEN AUF!

Nachdem deutsche Gewerbetreibende bekanntgegeben hatten, den zweiten »Lockdown« nicht mehr mitzumachen, entschlossen sich auch polnische, italienische und belgische Ladenbetreiber, ihre Pforten für die Menschen zu öffnen. Laut dem britischen Off-Guardian planten in Italien 50.000 Restaurantbetreiber, sich mit Beginn des zurückliegenden Montags der Corona-Diktatur zu widersetzen. Die Nachricht verbreitete sich wie eine Lauffeuer: Bereits am Wochenende fand in italienischen Ladengeschäften in allen Landesteilen wieder normaler Kundenverkehr ohne Maske oder Drangsalierungen statt. Die Polizei musste fast überall den Krieg gegen die Bevölkerung aufgeben. Die Mehrzahl der Restaurants und Ladengeschäfte ist im Eigentum italienischer Familien. Ein italienischer Abgeordneter, der die Gewerbetreibenden und ihre Kunden stützt, gab zur Inititative #IoApro (»ich öffne«, entspricht #WirMachenAuf) bekannt: »Macht auf und macht Euch keine Sorgen! Am Ende werden wir sie ihre Knöllchen fressen lassen!« In Deutschland lief die Initiative ungleich schleppender an. Eine weitaus größere Zahl der Einzelhändler sind in Deutschland unter Kontrolle amerikanischer Kettenkonzerne oder abhängig von Vermietungskonzernen. In Polen, wo der Staat keinen strikten Zugriff auf viele Kleinstädte und Gemeinden herstellen kann, hatte die Corona-Diktatur ohnehin nicht durchgewirkt. Für größere Städte wurde unter der Internetadresse newsmap.pl/biznes/ ein Öffnungsnetzwerk veröffentlicht, mittels dessen sich von staatlichen Angriffen betroffene einzelne Gewerbetreibende den Kunden vorstellen können. (sma/ale)

# Die Authentische

LAUDATIO ***Der Preis der Republik geht an Ilona Si Moussa. Siehe auch ihre Rede auf Seite 15.***
Von Sophia-Maria Antonulas



**Ich bin ein aufrechter Mensch. Ich will authentisch sein, antwortet Ilona auf die Frage, was ihr die Kraft und Zuversicht zum Weitermachen gibt. »Denn das, was hier abläuft ist unmenschlich. Das hat keinen Bestand.«**

Die Frau mit den roten Wangen, kurzen grauen Haaren und den wehenden Kleidern stammt aus der DDR und wollte schon damals »kein Handlanger« sein. Sie bezeichnet sich selbst als »Kräuterweib« und Geschichtenerzählerin in tiefer Verbundenheit mit Mutter Erde und der Schöpfung. Seit April setzt sich Ilona für das Grundgesetz und die Demokratie ein und ist auf fast jeder Demonstration anzutreffen. Das Kinderwohl ist ihr ein besonderes Anliegen. Am 1. Mai haben Polizisten sie abseits des Rosa-Luxemburg-Platzes, als sie auf ihrem Weg nach Hause war, von hinten gepackt, sie weggezerrt und verletzt. Das Strafverfahren gegen die misshandelnden Polizisten wurde eingestellt und der Beschwerde ihres Anwalts nicht stattgegeben. Die voranschreitende Entmenschlichung erschüttert Ilona zwar, doch sie bleibt standhaft und lässt sich von ihrem Weg nicht abbringen.

Viele kennen Ilona durch ihre Reden und Geschichten, mit denen sie die Verbindung zwischen Kopf, Herz und Bauch wiederherstellen will. Ihre Erzählungen rütteln auf, geben Hoffnung und holen selbst bei den Abgeklärtesten unterdrückte Tränen hervor. Jedenfalls geht nach Ilonas Worten ein Raunen durch die Zuhörerschaft: »Sie hat mir aus dem Herzen gesprochen, das stimmt, das ist so wahr.«

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Ilona Si Moussa für ihre waisen, aufbauenden Worte verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler.




## *Zum Geleit*

### EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfundingfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

### WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 34. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

## *Ganz einfach!*

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

**PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE**



*We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin*

# Aisthesis: Empfindung gepaart mit Vernunft

**EINWURF** *von Werner Köhne*

**Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer. Wenn diese Einschätzung Goyas zutrifft, könnten sich auch im normalen Erkenntnisprozess derartige Ungeheuer breit machen, da wo der bloßen Empfindung bekanntlich die aktivere Wahrnehmung folgt, die später im günstigsten Fall zur Erkenntnis reift. Die alten Griechen unterschieden noch nicht so scharf die Empfindung von der Wahrnehmung und prägten für beide das Wort »Aisthesis« – was uns dazu verführt hat, darunter lediglich eine Disziplin, die Ästhetik, zu verstehen.**

Dies im Hinterkopf stelle ich mir die Frage, wie es im Lichte der Erkenntnistheorie mit der Konfrontation des Menschen mit dem Coronavirus bestellt ist. Dieses Wesen löst ja kaum eine direkte Empfindung aus, weil es sinnlich schwer fassbar ist –, was ja zum Bösen neigende Eliten dazu ermuntert, die Bevölkerung in einen Statistikwahn und eine passive Befindlichkeit zu treiben: die diffuse »Befindlichkeit der Angst« (so zu Recht M. Heidegger), die sich heute mit Bildern vermengt. Hier stockt dann der Prozess der Erkenntnis: Es kommt zu keiner Wahrnehmung, also einer sinnlichen Auseinandersetzung mit Virus und Krankheit – und noch ferner rückt eine Erkenntnis, die weitere Zusammenhänge und wissenschaftliche Diskurse mit einbezieht. Was aber bleibt dann?

Strömen nicht in diese Lücken in der menschlichen Aneignung der Welt die Ungeheuer ein – die diesmal schon bei Tag Lähmungen hervorrufen und zuletzt die Grundpfeiler des gesunden Menschenverstandes zum Einsturz bringen? Wie die Kultursoziologin Yana Milev herausfand, kann man dieser dumpfen und für visuelle Manipulationen anfälligen Befindlichkeit nicht mit den üblichen Mitteln der Aufklärung begegnen: Diese kommen heute nicht mehr an gegen die zumeist inszenierten Bilder, die in Windeseile den weltweiten Aufmerksamkeitsmarkt überschwämmen. Es ist dann auch völlig egal, ob diese Bildinszenierungen gut oder amateurhaft schlecht gemacht sind oder sich später als falsch herausstellen. Wichtig ist, dass sie in einem erhitzten Umlauf sind und ein freies Leben blockieren, das sich nur über Wahrnehmung und Erkenntnis souverän macht. Das ist dann kein nächtlicher Albtraum der Vernunft mehr – das ist ihr tagheller Abgesang.




»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.



*Frau Dr. Iris Schubert, Leiterin des Gesundheitsamtes Landkreis Stendal* *Videostill: Offener Kanal Stendal*

# Kritische Gesundheitsämter

*Amtsärztin: Wir haben keine Übersterblichkeit. Trotzdem Quarantänelager in mehreren Bundesländern.*

Von Hendrik Sodenkamp

Laut Bundeskanzlerin Angela Merkel sollen die »*Lockdown*«-Maßnahmen erst dann aufhören, wenn die sog. »7-Tage-Inzidenz« unter 50 gesunken sei. Dies sei deshalb notwendig, weil sonst die Gesundheitsämter nicht mehr lückenlos die Kontaktverfolgung betreiben könnten. Auf Nachfrage des SWR antworteten jedoch die meisten Gesundheitsämter in Nordrhein-Westfalen, dass sie auch bei einer höheren Inzidenz, auf bei über 100 in der Lage seien, innerhalb von 24 Stunden alle Personen zu kontaktieren, mit denen ein positiv getesteter Bürger in den vergangenen Tagen zu tun hatte.

Auch äußern sich zunehmend Amtsärzte der Gesundheitsämter kritisch zum Regierungskurs. Auf einer Pressekonferenz des Landkreises Stendal in Sachsen-Anhalt betonte die Leiterin des Gesundheitsamtes Dr. Iris Schubert, dass das Infektionsgeschehen sich beruhige, da wohl schon viele Menschen mit dem Virus in Kontakt gekommen seien und dieses nicht mehr übertragen würden. Die Todesfälle würden sich fast nur in Pflegeheimen zutragen, wo die Menschen sehr krank seien. Außerdem betonte sie, dass es trotz Corona in Sachsen-Anhalt 2020 nicht mehr Todesfälle gegeben hätte als sonst, sondern dass Corona die Infektion durch die Grippe in diesem Jahr verdrängt hätte. »Wir haben sonst jedes Jahr Influenza-Tote, die haben wir in diesem Jahr nicht, dafür haben wir Covid-19-Tote.«, so Dr. Iris Schubert.

### QUARANTÄNEBRECHER

Nach einem Bericht der Zeitung *Welt am Sonntag* wollen mehrere Bundesländer zentrale Lager für sog. »Quarantäne-Brecher« anlegen. Wer mit einem PCR-Test positiv getestet wurde, daraufhin eine Quarantäne-Anordnung erhielt und gegen diese verstieß, soll, laut der Recherchen, künftig in zentrale Sammelstellen, Kliniken oder Jugendarrestanstalten gebracht werden.

### MASKE NUR FÜR GESCHULTES PERSONAL

Die Regierungsbehörde Robert-Koch-Institut weist auf seiner Internetseite darauf hin, dass das Tragen von FFP2-Masken nur für »geschultes und qualifiziertes Personal« sinnvoll ist, da das Tragen eine vorherige Schulung benötigt, um gesundheitliche Schädigungen zu vermeiden. So wird auf der Internetseite betont, dass die maximale Tragedauer 75 Minuten beträgt, mit einer anschließenden Pause von 30 Minuten. Diese Vorgaben sind in Gottesdiensten, bei der Arbeit und auch im Fernverkehr nicht einzuhalten.

## MELDUNG

### HOTLINE LEBENSMUT

München/DW. Eine Telefonseelsorge für neuen Lebensmut trotz der Corona-Diktatur hat eigenen Angaben zufolge den Betrieb aufgenommen. Unter der Telefonnummer 089 4019 22 22 soll von 19 bis 22 Uhr täglich über seelische Not gesprochen werden können. Siehe auch lebensmut-hotline.de. (sma)

### WELTFÜHRENDER EPIDEMIOLOGE: »LOCKDOWNS MEDIZINISCH SINNLOS«

Stanford/DW. Die erstmals im chinesischen Wuhan eingesetzte Methode »*Lockdown*« zur vermeintlichen Virusvermeidung ist nutz- und sinnlos. In einer weiteren Studie wird dies nun nachgewiesen. Der als weltführend geltende Epidemiologe John Ioannidis legte mit drei weiteren Wissenschaftlern am 5. Januar 2021 seine Studie mit dem Titel »Bewertung der Auswirkungen der verbindlichen Ausgangssperre und Geschäftsschließungen gegen die Verbreitung von Covid-19« vor. Die Studie kommt zum Resultat, dass in Schweden und Südkorea, wo es keine harschen Eingriffe gibt und das Leben weitgehend normal weiterging, in keiner Hinsicht schlechtere Ergebnisse gegen Corona feststellbar sind. Originaltext der Studie: https://doi.org/10.1111/eci.13484. (ale/sma)

### HALSBAND FÜR ESSITY-ARBEITERINNEN

Paris/DW. Der Klopapierhersteller Essity will für seine 2.500 Fabrikarbeiterinnen in Frankreich ein Halsband einführen, das mit 85 Dezibel Alarm gibt, wenn sich zwei Mitarbeiterinnen zu nahe kommen. Das berichtete der russische Auslandssender RT nach einer Meldung der französischen Presseagentur AFP. Die Demokratische Arbeitergewerkschaft (CFDT) lehnte das Vorhaben demnach umgehend strikt ab. Es handele sich um einen »Angriff auf individuelle Freiheiten«. Die Bänder würden in »Mülltonnen landen«. Der Essity-Konzern mit Hauptsitz in Stockholm ließ erwidern, dass die Halsbänder immerhin in Toiletten deaktiviert würden. (ale)

### IMPFTOTE IN NORWEGEN

Oslo/DW. Die Anzahl der Impftoten in Norwegen ist von 23 auf 29 gestiegen. Das berichteten die Deutschen Wirtschaftsnachrichten unter Berufung auf die Nachrichtenagentur Bloomberg. »Für diejenigen mit der schwersten Gebrechlichkeit können selbst relativ milde Nebenwirkungen des Impfstoffs schwerwiegende Folgen haben«, ließ die norwegische Arzneimittelbehörde demnach verlauten. Eine »angepasste Impfwarnung« sei veröffentlicht worden. (ale)

### ALLERGISCHE REAKTIONEN: KALIFORNIEN VERNICHTET IMPFSTOFF

Sacramento/DW. Der US-Bundesstaat Kalifornien hat 330.000 Impfdosen zurückgeholt. Sechs Personen hatten mit extremen allergischen Reaktionen auf die Impfung reagiert. Dies gaben kalifornische Behörden laut mehrerer Medienberichte vom Dienstag bekannt. (bnd)

### IMMER MEHR POLIZEI IM KRANKENSTAND

Berlin/DW. Nach Auskunft einer Polizeipsychologin, die im DW nicht namentlich genannt werden kann, steigt der Krankenstand bei der Berliner Polizei seit Verkündung des zweiten »*Lockdowns*« rapide an. »Die ganze Sache ist niemandem mehr vermittelbar«, so die gebürtige Leipzigerin. Viele Beamte seien dem innerlichen Druck nicht mehr gewachsen, »im Dienst gegen Grundgesetz und Bevölkerung« eingesetzt zu werden, so die Psychologin am Mittwoch. (jro)

**Da die großen Plattformen wie youtube, facebook und google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.**

*demokratischerwiderstand.de*
*demokratischegewerkschaft.de*
*kenfm.de*
*rubikon.news*
*corodoks.de*
*corona-ausschuss.de*
*mutigmacher.org*
*multipolar-magazin.de*
*ärzte-für-aufklärung.de*
*klagepaten.eu*
*miloszmatuschek.substack.com*

*Diese »**Banken**« schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten.*




**Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland**

2020
2016 - 2019 (Durchschnitt)
2016 - 2019 (Bandbreite min./max.)
2020 (davon COVID-19)
30 000 / 25 000 / 20 000 / 15 000 / 10 000 / 5 000 / 0
0 5 10 15 20 25 30 35 40 45 50
Kalenderwoche

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt, COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut
© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

## WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

*Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.*
*Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.*

***250 Expertenstimmen zu Corona:*** NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

# 9/11 ALS VORSPIEL

## Der Sturm auf das Kapitol steht in einem viel größeren Zusammenhang. | Von Pepe Escobar

**Die Tore zum globalen Krieg gegen den Terror eröffnete 9/11. Einen Krieg, den das Obama-Team später geschmeidig in die Overseas Contingency Operations und zwar auf die offene oder verdeckte Bombardierung von sieben Nationen ausweitete. 9/11 öffnete die Tore zum Patriot Act, dessen Kernelemente Joe Biden bereits 1994 geschrieben hatte. Der 6. Januar 2021 öffnete das Tor zum Krieg gegen den Inlandsterror und zur Hölle des Patriot Act 2.0, dessen 20.000 Seiten bereits am nächsten Tag verfügbar waren.**

Und als unvermeidlicher Begleiter des Patriot Act 2.0 wird der Krieg mit voller Kraft in andere Länder zurückkehren, den der ehemalige CIA-Analyst Ray McGovern einprägsam als MICIMATT (Military-Industrial-Congressional-Intelligence-Media-Academia-Think Tank)-Komplex bezeichnet hat. Und wenn MICIMATT den nächsten Krieg beginnt, wird jeder einzelne Protest als Inlandsterrorismus gebrandmarkt werden.

### DER FAKE-PUTSCH

Was auch immer wirklich am 6. Januar in der militarisierten Walhalla einer Supermacht geschah: Die ausgeklügelte psychologische Operation oder Foto-Operation mit einem strategisch fotogenen Wikinger-Darsteller hätte nie stattgefunden, wenn sie nicht erlaubt gewesen wäre. Unabhängig davon wird die Debatte wüten, ob der Einbruch eine Initiative von ein paar Hundert unter mindestens 10.000 friedlichen Demonstranten, die das Kapitol umzingelten, war oder eher das Drehbuch einer Farbrevolution unter falscher Flagge angezettelt von *Agents provocateurs*.

Was zählt, ist das Endergebnis: Das fabrizierte Produkt – der »Trump-Aufstand« – begrub die bereits laufende Präsentation von Beweisen für den Wahlbetrug vor dem Kapitol und reduzierte die vorangegangene Kundgebung von einer halben Million Menschen auf »inländischen Terrorismus«.

Es war mit Sicherheit kein »Putsch«. Der Top-Militärstratege Edward Luttwak, der jetzt das Pentagon in Sachen Cyber-Krieg berät, twitterte: »Niemand zieht tagsüber einen Coup ab.« Das war »eine Show, von Menschen, die ihre Gefühle zum Ausdruck bringen«, ein vorgetäuschter Staatsstreich, ohne Brandstiftung oder weit verbreitete Plünderungen mit relativ wenig Gewalt verglichen mit dem Maidan-Putsch 2014.

Eine Woche vor dem 6. Januar formulierte ein Dissident, ein dennoch mit dem Tiefen Staat verbundener Geheimdienstoperateur: »Tel Aviv verriet Trump durch einen neuen Deal mit Biden und so warfen sie ihn vor die Hunde. Sheldon Adelson und die Mafia haben keine Probleme, die Seiten für den Gewinner auf Biegen und Brechen zu wechseln. Pence und McConnell verrieten Trump ebenfalls. Es war, als ob Trump als Julius Cäsar in den römischen Senat spazierte, um erstochen zu werden. Jeder Deal, den Trump mit dem System oder dem Tiefen Staat macht, wird nicht eingehalten werden, und sie sprechen insgeheim darüber, ihn für immer auszuschalten. Trump hat die Trumpfkarte, das Kriegsrecht und Militärtribunale. Den *Insurrection Act*. Die Frage ist, ob er sie ausspielen wird. Der Bürgerkrieg wird früher oder später kommen, unabhängig davon, was mit ihm passiert.«

Ob es zum Bürgerkrieg kommen wird, hängt vom Grad der Gleichgültigkeit der bedauernswerten Massen ab.

Alastair Crooke hat [ebenfalls auf StrategicCulture, U.M.] die drei Hauptthemen brillant skizziert, die die »Rote Heilige Dreifaltigkeit« Amerikas prägen:

1. die gestohlenen Wahlen,

2. der *Lockdown* als vorsätzliche Strategie zur Zerstörung von kleinen und mittelständischen Unternehmen und

3. die düstere Aussicht der »Auflösung« [von Demokratie und Gesellschaft, U.M.] durch einen von Big Tech orchestrierten kommenden »weichen Totalitarismus«.

Und hier der Hinweis einer Leiche, die von einem Teleprompter abliest – der gewählte Präsident und seine ominösen Worte nach dem 6. Januar: »Wagen Sie es nicht, sie Demonstranten zu nennen. Sie waren ein randalierender Mob. Aufständische. Inländische Terroristen.«

Manche Dinge ändern sich nie. George W. Bush, unmittelbar nach 9/11: »Entweder ihr seid auf unserer Seite oder auf der Seite der Terroristen.«

### BYE BYE MISS AMERICAN PIE

Das ist das hegemoniale, in Stein gemeißelte Narrativ, das jetzt mit eiserner Faust von Big Tech umgesetzt wird. Zuerst kommen sie wegen des US-Präsidenten. Dann kommen sie deinetwegen. Alle, die dem Big Tech techno-feudalen Diktat nicht folgen, werden ausgelöscht, überall.

Und darum ist das Drama viel, viel, größer als ein bloß verwirrter US-Präsident.

Jede einzelne Institution, die von der herrschenden Klasse kontrolliert wird – von den Schulen über die Massenmedien bis hin zu den Arbeitsplätzen – wird die Unglücklichen ohne Gnade verfolgen. Der professionelle CIA-Killer und Lügner John Brennan, Schlüsselfigur des völlig entlarvten Russiagate, tweetete über die Notwendigkeit, in der Praxis Umerziehungslager einzurichten. Media Bonzen riefen zur »Säuberung der Bewegung«. Politisch haben die Unglücklichen nur den Trumpismus. Und deshalb muss der Trumpismus zerschlagen werden. So sehr sich die 0,0001 Prozent vor einer Sezession oder einer bewaffneten Revolte fürchten, so sehr müssen sie gegen eine nationalistische Massenbewegung vorgehen, wie unausgegoren ihre politischen Vorschläge auch sein mögen.

Die »unbekannte Unbekannte«, um den berüchtigten Neo-Konservativen Donald Rumsfeld zu zitieren, ist, ob der verärgerte Plebs schließlich zu den Heugabeln greifen wird – und die 0,0001 Prozent feudale Hacienda unregierbar macht. Und dann ist da noch diese halbe Milliarde Waffen da draußen.

Die 0,0001 Prozent wissen, dass Trump nie ein radikaler revolutionärer Change Agent war. Unwillkürlich kanalisierte er die Hoffnungen und Ängste des roten (republikanischen) Amerikas. Aber statt des versprochenen glitzernden, mit Gold geschmückten Palastes lieferte er eine Hütte in der Wüste.

Währenddessen verstand das rote Amerika intuitiv, dass Trump zumindest ein nützlicher Kanal war. Er legte offen, wie sich der korrupte Sumpf verhält. Dass diese »Institutionen« nur Marionetten der Konzerne sind – und den einfachen Mann völlig ignorieren. Dass die Justiz völlig korrupt ist – wenn sogar der Präsident keine Anhörung bekommt. Wie Pharma und Tech tatsächlich das MICIMATT zu MICIMAPTT? erweitert haben. Und vor allem, dass das Zwei-Parteien-Paradigma eine monströse Lüge ist.

Wohin werden also 75 Millionen entrechtete Wähler – oder 88 Millionen *Twitter-Follower* – gehen?

So wie es aussieht, stecken wir tief im Hardcore-Klassenkrieg. Die Spitze der Betrügerbande hat die volle Kontrolle. Die Reste der »Demokratie« sind zur Medienkratie verkommen. Vor uns liegt nichts als rücksichtslose Säuberung, langwieriges Durchgreifen, Zensur, flächendeckende Überwachung, die Zerschlagung der bürgerlichen Freiheiten, ein einziges Narrativ und eine übergreifende Vernichtungs-(Un-)Kultur. Es kommt noch schlimmer: Dieser paranoide Apparat verschmilzt mit der gewaltigen Maschinerie der Regierung der Vereinigten Staaten.

Willkommen also bei *Full Spectrum Domestic Dominance*. Deutschland 1933; 1984 reloaded: kein Wunder, dass der Hashtag #1984 von Twitter verbannt wurde. Wem nützt es? Dem Techno-Feudalismus und den ineinandergreifenden Tentakeln des transhumanistischen *Great Reset*. Widersetze dich dem, und du wirst gelöscht. Das ist das Vermächtnis des 6. Januar 2021.

Dieser Beitrag erschien am 13. Januar unter dem Titel »9/11 Was the Prelude. 1/6 Is the Holy Grail« auf Strategic Culture, übersetzt und gekürzt für DW von Ullrich Mies.

# Immer mehr Überwachung

## Unterm Radar: Der Bundestag verabschiedete gefährliches Gesetz | *von Erich Kartmann*

Hinter dem sperrigen Namen »Gesetz zur Stärkung der Sicherheit im Pass-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesen« verbirgt sich eine Reform des Personalausweises, die es in sich hat. Von der Öffentlichkeit weitestgehend unbemerkt verabschiedete im Herbst 2020 der deutsche Bundestag mit den Stimmen von CDU, CSU und SPD ein Gesetz, dass alle erwachsenen Deutschen betrifft: Ab 2. August 2021 muss in jedem neuen Personalausweis der Abdruck beider Zeigefinger sein. Kritiker laufen Sturm.

### IMMER DIE GLEICHEN TOTSCHLAGARGUMENTE

Die Bundesregierung setzt damit eine höchst umstrittene Richtlinie des Europäischen Parlaments von 2019 um. Die Begründungen für solche Gesetze ist seit dreißig Jahren gleich: mehr Sicherheit gegen Terrorismus, mehr Fälschungssicherheit. Auf eine Anfrage der Linken am 4.9.2020 allerdings, inwieweit durch das »Nichtvorhandensein gespeicherter Fingerabdrücke« terroristische Taten nicht verhindert bzw. nicht aufgeklärt wurden, antwortete selbst die Bundesregierung, dass ihr dazu keine konkreten Fälle bekannt seien. Weil die Fingerabdrücke jedes Menschen einmalig sind und sie sich das gesamte Leben nicht verändern, sind es äußerst sensible Informationen und Daten, die im neuen Personalausweis digitalisiert und auf einem Chip gespeichert werden.

Schon im Vorfeld gab es daher viel Kritik aus verschiedenen Richtungen. Die Kritiker befürchten zum Beispiel, dass die Fingerabdrücke missbraucht werden könnten, um Menschen genau zu verfolgen oder dass Menschen für ein Vergehen angeschwärzt werden könnten. Einige fürchten die Zugriffsmöglichkeiten von externen Dienstleistern, Hackern, den diversen Behörden, Unrechtsstaaten, Geheimdiensten und der Polizei – so wie im Frühjahr 2020, als diese in Wirtshäusern Kontaktdaten zur Strafverfolgung verlangten. Außerdem stellt sich die wichtige Frage, ob bei den Datenübertragungen die Sicherheit gewährleistet ist. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Nein.

### BESONDERER RECHTLICHER SCHUTZ NOTWENDIG

Fingerabdrücke sind besonders schützenswert und sollten deshalb unter die Europäische Datenschutz-Grundverordnung sowie unter den Artikel 2 des Grundgesetzes, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, fallen. Die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes ist daher zu prüfen.

Übrigens: Die Passbilder müssen jetzt von einem zertifizierten Fotografen stammen. Und der Ausweis ist seit 1. Januar 2021 teurer, er kostet jetzt: 37 Euro.

# Jetzt kommen die Mutanten

*Über die neuen Maßnahmen der Regierung*
Von Hendrik Sodenkamp

**Am Dienstag, den 19. Januar 2020 kam die Runde aus Ministerpräsidenten und Angela Merkel wieder im Bundeskanzleramt in Berlin zusammen, um über die weiteren Corona-Maßnahmen zu entscheiden. Wie auch bei den vergangenen Treffen, war bereits im Vorfeld an die Regierungsmedien durchgereicht worden, dass die Kanzlerin eine Verschärfung anstrebe; ein »*Lockdown* bis Ostern« soll es sein.**

Die Frage war: Wie kann die Regierung eine Verlängerung der Maßnahmen rechtfertigen? Welche Verschärfungen sind noch irgendwie durchsetzbar? Im Gespräch waren: eine allgemeine Ausgangssperre nach 21 Uhr, wie in Bayern, eine FFP2-Maskenpflicht, eine Schließung von Betrieben und/oder eine Heimarbeitspflicht. Die ersten beiden Vorschläge kamen vom bayerischen Landesbaron Markus Söder (CSU). Letztere kamen auf Betreiben von SPD.

Es war vor dem Treffen klar, dass es eine Verlängerung der Maßnahmen geben wird. Nach stundenlanger Diskussion gab dann die schon übliche Runde, mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Michael Müller (SPD), der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und dem Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU), das Ergebnis bekannt. Die bisherigen Maßnahmen werden vorerst bis zum 14. Februar 2020 verlängert. Als Verschärfung gibt es eine Pflicht von »medizinischen« Masken in öffentlichen Verkehrsmitteln und in Geschäften. Außerdem müssen Betriebe Heimarbeit ermöglichen, wo dies möglich ist.

Warum? Die Infektionszahlen waren doch gefallen? Es soll jetzt eine Virusmutation geben, die noch viel gefährlicher ist. Warum? Das sagte niemand in der Runde. Die Ministerpräsidenten hätten Vorträge von acht (!) Wissenschaftlern gehört und die Lage sei mal wieder »dramatisch«. Wer uns dann erklären wird, warum der Virus gefährlich ist, wurde aber angekündigt. Es wird niemand weniger sein als »Prof.« »Dr.« Drosten.

#### EINE ZENTRALISTISCHE UND INTRANSPARENTE VORTRAGSREIHE

Für die Beratung in Gesundheitsfragen gibt es in den Landesparlamenten und im Bundestag Gesundheitsausschüsse, die öffentlich tagen. Hier bringen alle in den Parlamenten vertretenen Parteien Positionen ein und stellen Fragen an die Sachverständigen der anderen Parteien. Dieses einigermaßen bewährte Verfahren wird jetzt durch eine zentralistische und intransparente Vortragsreihe ausgehebelt. Wer hat diese acht Wissenschaftler ausgewählt und was sagten sie? Sind ihre Argumente stichhaltig? Niemand weiß es. Im Effekt werden die Ministerpräsidenten und in der Folge die Landesparlamente durch diese Vorgehensweise hinter verschlossenen Türen, undemokratisch und verfassungsbrüchig auf Linie gebracht. Für das Beschließen der Maßnahmen sind die Bundesländer und die Ministerpräsidenten zuständig. Warum werden die Ergebnisse der verfassungsbrüchigen Ministerpräsidentenkonferenz der Länder immer von Politikern der Parteien CSU, CDU und SPD unters Volk gebracht, die die noch amtierende Bundesregierung stellen? Der Verdacht: Es wird wohl darum gehen, auch nur leicht abweichenden Ministerpräsidenten keine Bühne zu geben und diese auf Bundesregierungskurs zu halten.



Collage: Jill Sandjaja

*Der virologische Mutant als künstliche Bedrohung.*

#### MEINE PROGNOSE

An dieser Stelle sei mir eine Prognose erlaubt: Die Infektionszahlen werden weiter nach unten gehen, ebenso die Sterbezahlen »an und mit« Corona. Die magisch in den Stein gemeißelte Inzidenz-Zahl von 50 wird aber wohl erst im späten April erreicht, wenn es wärmer wird.

Der Träger des Bundesverdienstkreuzes Christian Drosten, wird Anfang Februar seine Erkenntnisse über die Virusmutation darlegen. Die Ergebnisse werden wohl sein: Dieser Virus ist noch viel gefährlicher als der jetzige Corona-Virus. Weil hier a) die Übertragen noch »exponentieller als exponentiell« stattfindet, b) auch Menschen unter 80 vielleicht häufiger schwer erkranken: »Wir können es noch nicht sagen, es deutet aber viel darauf hin, wir müssen auf Nummer sicher gehen« und/oder c) Auch die Menschen, die bereits erkrankten sind nicht mehr immun, deshalb fängt wieder alles von vorne an. »Der Impfstoff funktioniert aber.« Zum Glück kann Christian Drosten auch gleichzeitig die Medizin verkaufen: Der PCR-Test wird erweitert um den »PCR-Test-Plus«, der sowohl den alten Virus als auch die Mutation erfassen kann. Dieser neue »PCR-Test-Plus« muss teuer nachgekauft werden.

# ANGSTSCHAFE IM LAUFSTALL

*Die Dosis muss stets erhöht werden, wenn die Wirkung nicht nachlassen soll.* | Ein Kommentar von Ullrich Mies

**Deutschland und Europa liegen unter dem Mehltau einer neu aufgelegten faschistoiden Herrschaft. Dies ist kritischen Zeitgenossinnen und -genossen nicht entgangen. Doch der Corona-Terror alleine erfüllt nicht alle Kriterien des traditionellen Faschismus.**

Damit die autoritätshörigen Angstschafe jedoch weiter brav im abgesteckten Laufstall ausharren, auf neue Befehle warten und die staatsterroristische Angstmaschine bei den Maskenheloten ihre Wirkung nicht verfehlt, werden Bund und Länder den Corona-Terror absehbar verschärfen. Darum ist von zwingend erforderlichen FFP2-Masken und landesweiten Ausgangssperren die Rede. So viel steht fest: Die Dosis macht die Wirkung und die Dosis muss stets erhöht werden, wenn die Wirkung nicht nachlassen soll.

#### PROPAGANDA-FIRMEN RÜHREN DIE SUPPE AN

WHO und Merkel-Faschos lassen sich von einschlägigen Propagada-Agenturen wie Hill & Knowlton und Scholz & Friends beraten, die zum Public Relations & Propaganda Monster-Konzern WPP gehören. Ohne die lügenhafte Vorbereitung des Irakkrieges durch Hill & Knowlton (Brutkastenlüge) hätte die US-amerikanische Bevölkerung dem Einstieg in den Krieg niemals zugestimmt.

Aber auch Propagandaklitschen wie *Cosmonauts & Kings* in Berlin sind bei der Bearbeitung der Öffentlichkeit mit im Boot. Und so koordinieren die deutschen Verfassungs-Putschisten die Strategien ihres Krieges gegen die Bürgerinnen und Bürger mit ihren »Propagada-Partnern«.

Um die Statistiken zu frisieren, geilen sich die Politiker an jedem angeblichen »Coronatoten« auf. Allemal wäre es interessant zu wissen, wie viele Merkel-Tote bereits dadurch entstanden sind, dass sich Menschen vor lauter Infektionsangst nicht in ärztliche oder klinische Behandlung begaben oder aufgrund von Vereinsamung gestorben wurden. Es dürften Tausende sein, die nun die »Übersterblichkeitsstatistik« aufblähen, und es werden sicher noch mehr.

Nach dem Motto »schlimmer geht immer« toben die Herrschaftsfraktionen ihren sadistischen Wahn in einer immer tyrannischeren Unterdrückungs- und Willkürherrschaft aus. Zu allem Überfluss geisterte soeben eine von der *taz* befeuerte hirnrissige Unterschriftenkampagne der Initiative Zero-Covid durch die verschmutzte Medienlandschaft: Sadisten und Masochisten wollen mehr. Beide lechzen nach noch mehr Unterdrückung, mehr Wirtschaftsschädigung, weniger Freiheit. Nochmals und immer wieder: Es geht nicht um Corona. Finanzfaschisten, Politik und Propaganda-Wirtschaft haben ab März 2020 den Corona-Hoax inszeniert und eine gigantische Schuldenorgie entfacht, um

1. das Restvermögen der Staaten zu privatisieren,
2. zukünftige Generationen in Schuldknechtschaft zu pressen und
3. die Menschen in ein demokratiefreies technokratisches Zeitalter des digital-finanziellen Komplexes, des Überwachungskapitalismus und Transhumanismus zu entführen.

# Netzwerk



*Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch* querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

## DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

# DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

| | | |
|---|---|---|
| 23.01.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa) | Hagen, vor dem Allerwelthaus | Mahnwache für Frieden und Freiheit |
| 23.01.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa) | Krumbach (Schwaben), Stadtpark | Spaziergang |
| 23.01.2021 15-18 Uhr (jeden Sa) | Bad Kreuznach, Kornmarkt | Wir für das Grundgesetz |
| 23.01.2021 14-18 Uhr (jeden Sa) | Berlin, Alexanderplatz | Aufhebung der Corona-Maßnahmen/Wiederherstellung der Grundrechte |
| 23.01.2021 16:30-18:30 Uhr | Erfurt, Domplatz | Thüringen steht zusammen |
| 23.01.2021 18:30-19:30 Uhr (täglich) | Schwäbisch Gmünd, Marktplatz | Tägliche Mahnwache auf dem Marktplatz |
| 23.01.2021 17-22 Uhr | Berlin, Warschauer Str. (RAW-Gelände) | Berliner Kunst und Kultur trifft sich |
| 24.01.2021 14-16 Uhr (jeden So) | Bregenz, Platz vorm Festspielhaus | Demonstration |
| 24.01.2021 14-16 Uhr (jeden So) | Salzburg, Mozartplatz | Spaziergang |
| 25.01.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo) | Neu-Ulm, Kantstraße 8 | Demo für Demokratie und Selbstbestimmung |
| 25.01.2021 11-14 Uhr (jeden Mo) | Berlin, Nordufer 20 | Mahnwache vor dem RKI |
| 25.01.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo) | Eberswalde, Marktplatz | Montagsdemo Eberswalde |
| 25.01.2021 18-20 Uhr (jeden Mo) | Klagenfurt, Neuer Platz | Lichtermarsch |
| 25.01.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo) | Krefeld, Theaterplatz | Demonstration für Menschenrechte, Grundgesetz und Freiheit |
| 25.01.2021 19-21 Uhr (jeden Mo) | Berlin, P1 Messe, Hammarskjöldplatz | Autokorso durch Berlin |
| 25.01.2021 19-21 Uhr (jeden Mo) | Weimar, Theaterplatz | Montagsspaziergang |
| 27.01.2021 15-19 Uhr (jeden 2. Mi) | Enzesfeld-Lindabrunn, Wiener Neustädterstraße | Arbeitsgruppe Positiver Wandel |
| 28.01.2021 16-18 Uhr (jeden Do) | Berlin, Wilmersdorfer Str./Goethestr. | Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg |
| 29.01.2021 10-13 Uhr (jeden Fr) | Eisenstadt, Hauptstraße 18 | Versamlung/Infotisch |
| 29.01.2021 17-19 Uhr (jeden Fr) | Linz, Hauptplatz | Fest für die Freiheit |
| 29.01.2021 17-20 Uhr (jeden Fr) | Hamm, Marktplatz vor der Pauluskirche | Spaziergang zur Stärkung des Immunsystems |
| 29.01.2021 18-21 Uhr | Berlin, P+R Parkplatz Böhlener Str. (U Pankow) | Autokorso Ost |
| 31.01.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So) | Illertissen, Marktplatz | Demo für Demokratie und Selbstbestimmung |
| 01.02.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo) | Bernau, Bahnhofsvorplatz | Montagsdemo Bernau |
| 05.02.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr) | Weißenhorn, Rathausplatz | Demo für Demokratie und Selbstbestimmung |

**Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN**

## FRANKREICH: DER MARSCH DER LIBERTÉS

*Hunderttausende demonstrierten für ihre Freiheit.*

Von Marie Plume

Am vergangenen Wochenende fanden in ganz Frankreich über 80 Kundgebungen der Initiative #StopLoiSécuritéGlobale für die Aufrechterhaltung der Freiheitsrechte gegen das »globale Sicherheitsgesetz« statt. Auch bekannte Verbände und Gewerkschaften wie Amnesty International France, Greenpeace oder Oxfam sind Teil dieser großen Bewegung, die sich seit dem 8. November 2020 für das Recht auf Information, gegen Polizeigewalt, für Demonstration Freiheit und gegen Massenüberwachung ein.

Trotz Schnee waren es laut Polizei 34.000 Demonstranten. Die Organisatoren sprechen von 200.000 Menschen, die durch Paris, Bordeaux, Lille, Nantes, Rennes, Lyon und viele weitere Orte marschierten. Manchmal nur am Rand, manchmal mittendrin waren auch weitere Gruppierungen: Die Gelben Westen wollen keinen neuen *Lockdown*. Skilehrer aus ganz Frankreich organisierten abends Fackelabfahrten für die Inbetriebnahme der Skilifte. In Lyon gingen auch viele Studenten für die Wiedereröffnung der Universitäten auf die Straße. Die jungen Leute stehen unter Schock: In der Woche davor gab es zwei weitere Selbstmordversuche von Studenten der Universität Lyon 3.

Die Bewegung Free Parties ist seit dem Sylvester-Rave bei Rennes sehr engagiert und fordert ein Ende aller unverhältnismäßigen Gerichtsverfahren gegen die Organisatoren von Partys, freien Festen und alternativen Feiern. In Paris hatte Free Parties Bühnen mit DJs und Rednern geplant. Sie wurden teilweise von der Polizei beschlagnahmt, verboten, eingekesselt.

Es gab vielerorts nicht nur klassische Demos, sondern auch Techno-Paraden mit Tanz und Musik. Eine Teilnehmerin fasste es mit den folgenden Worten zusammen: »Wir setzen uns für das Feiern, die Freiheit, in einem Wort für das Leben ein.«




*Am 7. November 2020 demonstrierten in Leipzig über 80.000 für Demokratie und Freiheit.* *Foto: Steve Schramm*

# Aktionen für »unseren Great Reset« im Norden

*Ein Spaziergang, ein Autokorso, biologische Landwirtschaft und neue Geldwirtschaft gehören zu den Ideen.*

**Für viele liegt Hamburg direkt vor Dänemark. Das stimmt nicht ganz, denn dazwischen liegt Schleswig-Holstein. Die Holsteiner haben es richtig gut, denn sie umringt das Meer, links die Nordsee, rechts die Ostsee. Und während es im ganzen Land nur so von schlechten Nachrichten wimmelt, ist es dort sehr idyllisch. Diese Ruhe bringt die Menschen dazu, die Probleme von einer anderen Seite zu betrachten. Einige der Aktionen, die daraus entstanden, durfte ich in der vergangenen Woche begleiten.**

Ein Spaziergang bei Sonnenschein ist immer wieder erfrischend und deshalb sind am Sonntag in der Nähe von Rendsburg, an der angeblich längsten Sitzbank der Welt, einige Leute spazieren gegangen. Die Anzahl der Menschen ist leider unbekannt, da es weder geplant, noch eine Veranstaltung war. Trotzdem wurden es immer mehr, und es hatte den Anschein, dass die Menschen sich kennen würden. Jedenfalls grüßten sie sich, was sehr erfreulich war. Manchmal ist ein Spaziergang eine Reise wert, so war es für mich.

In Kiel wurde am Samstag ein Autokorso mit 30 Wagen angemeldet, wobei nur drei Autos tatsächlich vor Ort waren. Die Polizei begleitete vorne und hinten mit Blaulicht die Fahrzeuge, wobei der erste zwei Lautsprecher auf dem Dach befestigt hatte, aus denen die Information kam, dass der Impfstoff gefährlich sei, weil er nicht wirklich getestet wurde. Die Menschen am Straßenrand dachten die Polizei hätte diese Aussagen getätigt und lösten eine Anruferwelle aus, die beim Polizeirevier die Telefonleitungen zum Glühen brachten. Mit dieser Aktion hat man mehr Aufmerksamkeit generiert, als mit früheren Aktionen. Manchmal kann weniger mehr sein.

Die Helfa-Projekte im Norden arbeiten mit Bauern zusammen, damit es über die prognostizierte Wirtschaftskrise hinaus genug Nahrung gibt. Verschiedene Anbauflächen wurden zur Verfügung gestellt, und gemeinsam wird daran gearbeitet, die »Früchte zu ernten« und miteinander zu teilen. Durch diese Zusammenarbeit lernen die Helfa nicht nur, wie sie Felder bebauen, sondern sie wachsen als Team zusammen. Eine artgerechte Tierhaltung und biologischer Anbau sind selbstverständlich. Einige Mitglieder haben die konventionelle Art des Anbauens mitbekommen und sich so davor geekelt, dass sie Probleme haben, im Supermarkt einkaufen zu gehen. Manchmal ist Erkenntnis eine gute Sache.

Eine weitere Aktion, die im Norden die Runde macht, trägt den Namen: »Rette Dein Geld und damit die Welt« und besteht aus zehn Punkten. Zusammengefasst geht es darum, dass alles was mit Versicherungen zu tun hat, gekündigt werden soll – auch die Krankenversicherung. Gelder sollten nur über Volks- und Raiffeisenbanken bzw. über die Freundschaftsfunktion von Paypal verwaltet werden.

Weil die Menschen im Norden so wenig reden, glauben viele, dass sie etwas tumb sind. Aber im Gegenteil: Sie arbeiten genauso wie alle anderen im Land daran, dass wir ein besseres Leben bekommen. Ja, wir wollen einen »*Great Reset*« – aber einen, den wir selbst bestimmen.



*Foto: Steve Schramm*

# RICHTER IM WIDERSTAND

**Grundgesetztreue Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwältinnen stehen gegen die verfassungswidrige Corona-Dikatur auf. Der Landesrichter Pieter Schleiter übernimmt nun die Führung mit einer umfassenden Verfassungsbeschwerde. | Von Anselm Lenz**

**Das Verordnungs- und Maßnahmenregime zum Thema »Corona« ist grob verfassungswidrig. Diese Einschätzung teilt eine wachsende Zahl von Juristinnen und Juristen seit März 2020. Die Führung unter den grundgesetztreuen Juristen in Deutschland übernahm unlängst Pieter Schleiter ein amtierender Richter am Berliner Landesgerichtshof.**

Schleiter legt in seiner 190-seitigen Verfassungsklage dar, dass die Corona-Maßnahmen in mehrerlei Hinsicht verfassungswidrig sind. Die Schwere der Grundrechtseinschränkungen sei so drastisch, dass praktisch jedes Grundrecht gestört werde. »Es ist die größte Bewährungsprobe für das Grundgesetz überhaupt«, sagte Schleiter kurz nach Einreichung seiner Verfassungsklage gegenüber dem Online-Magazin *achgut.com*. Alle Grundrechte außer Artikel 17 seien verfassungswidrig angetastet worden. Die Verfassungsrichter würden sich ohnehin jahrzehntelang mit dem Ausnahmezustand zu befassen haben.

Insbesondere der Parlamentsvorbehalt nach Artikel 80 Grundgesetz werde mit Füßen getreten, so Schleiter weiter. Dazu zähle auch die sogenannte Bund-Länder-Konferenz unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bereits am 2. April legte zudem ein Gutachten des Bundestages dar, dass das Infektionsschutzgesetz verfassungswidrig ist. Spätestens seither agiere die Regierung wissentlich illegal.

### ALLE GRUNDRECHTE AUSSER ARTIKEL 17 EINGESCHRÄNKT

»Die Fallsterblichkeit beträgt 0,13 Prozent, ein Sechsundzwanzigstel des ursprünglich angenommen«, so Schleiter. Vom Imperial College London sei also eine völlig falsche Prognose abgegeben worden. Die Voraussetzungen für die Maßnahmen haben sich damit in keiner Weise bewahrheitet. »Die Horrorszenarien« seien glücklicherweise nicht eingetreten. Corona hat die Gefährlichkeit im Rahmen einer heftigen Grippeinfekterkrankung. In Schweden, wo die Maßnahmen viel geringer sind, liege »die Sterblichkeit ganz auf der Linie des Jahres 2015«. An der Imperialen Hochschule in London sind der Computer-Milliardär Bill Gates und der chinesische Staat mit Geld und Projekten engagiert (DW berichtete jeweils).

Richter Schleiter selbst habe die Warnungen der Regierung und Konzernmedien zunächst durchaus ernstgenommen und selber »auch Angst« gehabt. »Erst im Laufe des März und des April kamen mir erste Zweifel.« Ein ganz großes Problem bestehe darin, dass die andere Seite nicht gehört worden sei und nicht argumentiert werde, wie die Regierung zu Entscheidungen komme. So wird der führende Epidemiologe John Ioannidis bis heute nicht gehört. Ioannidis hatte frühzeitig der Gefährlichkeit von Sars-Cov-2 eine deutliche Absage erteilt (DW berichtete seit 17. April 2020 mehrfach).

»Jeder Knöllchenpolizist müsste seine Ermessensgrundlage erklären können«, so Richter Schleiter. Für Deutschland sei bereits mit der Heinsberg-Studie Professor Hendrik Streecks bewiesen worden, dass Corona keine gesteigerte Bedrohlichkeit zukomme. In der Tatsachenaufklärung der Regierung fehle es an allen Ecken und Enden. Das Problem sei auch struktureller Art.

### WEITERE VERFASSUNGSBESCHWERDEN

Auch weitere Kapazitäten legten Verfassungsbeschwerde ein oder kündigten diese an. Darunter zuerst die Medizinanwältin und Preisträgerin der Republik, Beate Bahner, zuletzt auch der Gaststättenverband Dehoga. Die »190 Seiten kommen nicht von ungefähr«, erklärte Schleiter zu seiner umfassenden Arbeit. Seine Verfassungsbeschwerde ist die umfassendste und von höchster juristischer Qualifikation eingereichte Klage.

Ein wesentlicher Punkt ist auch die persönliche Betroffenheit des Top-Juristen Schleiter selbst, weswegen die Verfassungsklage sich zunächst auf Berlin und Brandenburg bezieht, wo Richter Schleiter lebt und arbeitet. Die Annahme der Klage ist an eine grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedeutung gebunden. Die sei gegeben, ob nun Plandemie oder Pandemie. »Ob das mit Absicht inszeniert ist, da möchte ich mich zurückhalten«, sagte Schleiter *achgut.com*.

»Eine ordnungsgemäße und juristische Methodologie« sei nun endlich gefordert, kommentierte der Rechtsanwalt Carlos Gebauer, der die Verfassungsbeschwerde Schleiters unterstützt. In seiner Verfassungsbeschwerde legt der Richter Schleiter auch nahe, dass die Corona-Diktatur mit ihren faschistischen Mitteln den Zusammenbruch des Finanzmarktkapitalismus überlagert. Er zitiert dazu eingangs die *Neue Zürcher Zeitung*: »Die Europäsche Zentralbank hat die bereits sehr hohe Geldmenge vom Jahresbeginn bis zum November um 1,4 Billionen Euro auf 4,6 Billionen Euro aufgebläht. Dieser Zuwachs ist wesentlich mehr als die knapp 900 Milliarden Euro, die kurz vor der Lehman-Krise des Jahres 2008 insgesamt als Schmiermittel für die Euro-Zone ausgereicht hatten.«

### BANANENJURIST

Ein Hindernis könnte der neue Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth, sein. Harbarth gilt als Problemjurist. Seine Berufung im Mai 2020 wird als Skandal beschrieben in der Art einer mittelamerikanischen Bananendiktatur. Als CDU-Abgeordneter und Rechtanwalt hatte sich Harbarths Einbindung in staatsfeindliche Strukturen bereits deutlich abgezeichnet Es steht in Rede, dass Urteile, für die Harbarth seit seiner Berufung verantwortlich ist, Teil eines Auftragsvolumens darstellen, darunter das Verbot einer Versammlung in Bremen am 5. Dezember 2020.

**Der vollständige Text der Verfassungsbeschwerde ist online abrufbar auf 2020news.de.**




*Auch ein Großteil der österreichischen Bevölkerung ist mit den Maßnahmen, die die Regierung-Kurz aufgrund der Covid-19-Erkrankung ergriffen hat, nicht einverstanden. Zehnttausende demonstrierten am 16. Januar in Wien für Demokratie und Menschenrechte.* *Foto: Privat*

HINWEIS: DEMOKRATISCHER KALENDER 2021 MIT DEN BESTEN DW-ILLUSTRATIONEN (BESTELLCOUPON RECHTS)

## POSTVERSANDABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik gewachsen. Sie verkauft keine Anzeigen, sammelt keine Daten ein und ist von großen Mäzenen, Strukturen, Staaten und Regierungen unabhängig. Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Tausenden einzelnen SpenderInnen und freiwilligen VerteilerInnen, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist.

Parallel dazu möchten wir den Versuch unternehmen, den Widerstand als unabhängige und gedruckte Wochenzeitung für alle zu etablieren. Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit dem entsprechenden Betrag in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse unseres Vereines. Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

Bitte eines oder beides ankreuzen!

☐ 5-AUSGABEN-ABO (€ 10,-) ☐ DW-UNTERSTÜTZER-KALENDER 2021 (SIEHE BILD LINKS, € 10,-)

NAME ____________________

TELEFON + E-MAIL ____________________

STRASSE UND HAUSNUMMER ____________________

K.D.W. e.V.
Berliner Allee 150
13088 Berlin

# »ANGST ESSEN SEELE AUF«

**INTERVIEW mit dem pensionierten Journalisten Siggi Ober-Grefenkämper.**

**DW: Was machen Sie beruflich?**

Siggi Ober-Grefenkämper: Ich bin seit sechs Jahren aufgrund von Depressionen und Angststörungen in der Erwerbsminderungsrente. Davor habe ich als Journalist für eine Tageszeitung gearbeitet.

**Bevor wir auf das Thema Corona zu sprechen kommen, können Sie bitte Ihren Krankheitsverlauf und Ihre Symptomatiken umreißen?**

Nun, mein Leben in der Kindheit war von Gewalt und als Erwachsener von der Angst vor Kontrollverlust geprägt. 55 Jahre trug ich eine unsichtbare Maske, weil niemand wissen sollte, dass ich unter Depressionen litt und Angst mein ständiger Begleiter war. Hinter meiner nach außen zugewandten, lauten, oft fröhlichen Fassade steckte ein Mensch, der diese Maske wie ein Schutzschild trug, um in der Gesellschaft zu bestehen, zu überleben, um respektiert, geliebt und anerkannt zu werden. Und das kostete brutal viel Kraft.

Nach etlichen Klinikaufenthalten und nur mit der Hilfe von Familie, Freunden und Therapeuten hatte ich gerade diese Maske ablegt und konnte relativ frei und ohne Angst vor Zwang und Kontrollverlust leben, da kam Corona.

**Was bedeutet die Epidemie für Ihr Leben und Ihre Erkrankung?**

Jahrzehnte habe ich darum gekämpft meine »unsichtbare« Maske abzulegen und mit einmal zwang man mich, mir diesen Lappen aufzusetzen. Unter diesem Instrument der »Staatsgewalt« bekam ich nicht nur keine Luft, sondern es



*Siggi Ober-Grefenkämper: »Ich kann mich dem Wind, der mir entgegenweht, stellen. Ich kann auf meiner Arche Noah versuchen, die Segel anders zu setzen.«* Foto: Hannes Henkelmann

ließ auch meine Vergangenheit wieder lebendig werden. Umgehend stellte mir mein Arzt ein Attest aus, das sich aber, wenn ich an die unzähligen, polizeilichen Kontrollen und die Diffamierungen meiner Mitbürger denke, nicht nur als Segen erwies.

Nicht zu vergessen, dass mir jeder Maskenträger signalisiert, Achtung, »Gefahr im Verzug«. Schütz dich oder stirb. Wenn ich nicht aufpasse, gerate ich wieder in eine Spirale aus Verunsicherung, Angst, Panik oder das Gefühl für etwas bestraft zu werden – mein Gott, ich will das nicht mehr!

**Und der *Lockdown* und weitere Maßnahmen machten es sicher noch schwieriger?**

Mir persönlich haben die strengeren Regeln all die Dinge genommen, die mir gut taten – vor allem die sozialen Kontakte, wie Singen und Kochen im Verein – alles brach wie ein Kartenhaus zusammen. Und die Überschrift für den Zustand, in dem sich unsere Gesellschaft befindet, kann nur lauten: Angst essen Seele auf. Eine Debatte über Corona zu führen, scheint schier unmöglich, da die ständige Panikmache der Medien zu veränderten Denk- und Verhaltensmustern der Menschen geführt hat.

Mir sind aber einige Freunde geblieben, die genau wie ich kritisch der Situation gegenüberstehen. Wir trotzen den auferlegten Bestimmungen mit einer informierten und freien Meinungsbildung.

**Das klingt danach, dass Sie sich durchaus kritisch äußern. In welcher Form leisten Sie Widerstand?**

Ich bin zwar gesundheitlich eingeschränkt – aber nicht handlungsunfähig. Ich informiere mich, ich will verstehen, was los ist – das ist mein gutes Recht. All die Zahlen und Fakten, die Vorschriften, die Einschränkungen, die mir täglich begegnen, darf ich hinterfragen, ich darf recherchieren. Das erlaube ich mir und das ist legitim. Ich will nicht mehr schweigen, mir den Mund verbieten lassen oder misshandelt werden.

**Haben Sie eine Lebensphilosophie entwickelt?**

Ja, ich habe in den Jahrzehnten mit meiner Krankheit gelernt, was zu mir gehört und mir Freude bereitet. Zum Beispiel moderiere ich die Radiosendung die »Gesunde Stunde«. Dort diskutiere ich immer mit einem guten Freund über Gesundheitsthemen – momentan natürlich ausschließlich über die aktuelle Corona-Politik.

Daraus schöpfe ich Hoffnung: Ich kann mich dem Wind, der mir entgegenweht, stellen. Ich kann auf meiner Arche Noah versuchen, die Segel anders zu setzen. Segel auf denen Aufklärung, Freiheit, Grundrechte, Gesundheit steht – eben alles, für das ich immer gekämpft habe. Ich möchte in einer Welt leben ohne Isolation, Entfremdung, Angst, Verunsicherung, Manipulation und Lügen. Ich probe keinen Aufstand. Ich habe ein Ziel, an das ich glaube und für das ich kämpfe.

Ich will nicht mehr, dass Angst mein Leben und das vieler Menschen auf der Welt beherrscht. Nicht mehr und nicht weniger!

*Die Fragen stellte Hannes Henkelmann.*

# Briefe an die Redaktion

### MIT 78 CORONA BESIEGT

Als ich im April in der Nacht schweißgebadet mit 38,5 Grad Fieber, Kopfweh, Husten und Schmerzen beim Atmen erwachte, wollte ich keinen Notarzt rufen, weil in einer Sportzeitung stand, dass über 60 Prozent meiner Altersgruppe am Beatmungsgerät unter Qualen sterben. Ich hatte gelesen, dass man Viren selbst abtöten kann: Ich ging im Wald joggen und atmete tief. Danach eine rohe Knoblauchzehe essen, hinlegen, ausruhen und meditieren, um die Heilung zu beschleunigen. Auch im Spiegel stand: bei Corona raus und laufen. Ich werde mich nicht impfen lassen. Ich bin doch kein Versuchskaninchen. Wir sind schon jetzt ein krankes Land, weil fast alle Leute über 70 tablettenabhängig sind. Es ist doch unglaublich, dass die Regierung alles verbietet, was zur Gesunderhaltung und Stärkung des Immunsystems wichtig ist. – *Wolfgang*

### LIEBES KOLLEGIUM!

Es ist sehr ermutigend, dass es Euch und Euer Engagement für die Grundrechte und das freie Denken gibt.
*Herzlichst Angelika*

### GLÄUBIG

Fakt ist, Papst Franziskus, der Vatikan, ist Mitbetreiber des *Great Reset*. Das ist ungeheuerlich. Jetzt hat er sogar zur Impfung aufgerufen – denkt, seine Schäfchen werden schon folgen. Nichts hat sich geändert an der Kirche. Immer Menschen unterdrückt oder den Mund gehalten, wie 1933. Das ist nicht mehr meine Kirche. – *Maria*

### NICHT BIETEN LASSEN!

Geht es wirklich so weiter auf unserer Welt wie immer – altes Leben wird zerstört und dann wird darauf Neues gebaut? Menschen werden unterjocht und die Masse hat sich in die Häuser verkrochen. Alle sozialen Beziehungen sind abgebrochen. Ich bin unendlich traurig, wenn ich an die Kinder, Jugendlichen, alleinstehende Menschen, die alleingelassenen Alten in den Heimen denke und an die Menschen, die in den Ruin getrieben werden. Wir bekommen das, was wir uns bieten lassen.
*Maria aus Bayern*

### ALLES LIEBE

Danke für Eure gut recherchierte Berichterstattung. Tief in der Seele fühlt man, dass Ihr die ganze Wahrheit sagt, dass die Mainstream-Medien immer mehr lügen und die Regierungen, Megakonzerne und die Pharmaindustrie weltweit immer menschenverachtender werden – bis hin zur Giftspritze für alle. Man will und wird mit allen Mitteln unsere Kinder niederspritzen... Euch weiterhin alles Liebe und viel Erfolg – *Anonym*

# Sturm im Reagenzglas

*Hintergründe der Lieferengpässe beim BionTech-Impfstoff: Vorspiel zu neuer Produktionssteigerung* | Von Hermann Ploppa

**Die Aufregung ist mal wieder groß. Da hatten doch unsere Politiker einen »Silberstreif am Horizont« versprochen. Die neuen genetisch aktiven Impfstoffe von BionTech und Pfizer versprechen eine Beendigung von Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie.**

Nun soll es also losgehen in Impfzentren und Pflegeheimen. Doch schon gerät unser Bundesgesundheitsminister Jens Spahn unter Beschuss. Denn das französische Pharmaunternehmen Sanofi musste seine Lieferungen für das gesamte Jahr 2021 absagen. Eine »nationale Schande für Frankreich«, wie die Presse urteilte. Aber zumindest das deutsch-amerikanische Tandem BionTech/Pfizer liefert zuverlässig, hieß es. Allerdings kam nun auch von dort die völlig unerwartete Ansage, man könne erst einmal nicht die volle Lieferkapazität garantieren. Genaue Zahlen sind unbekannt. Aber Norwegen soll jetzt statt 43.875 Dosen des Corona-Impfstoffes zunächst nur 36.075 Dosen bekommen. Litauen muss einstweilen mit der Hälfte der versprochenen Dosen vorlieb nehmen. Die Regierungen der EU-Staaten stehen da wie begossene Pudel: »inakzeptabel« sei der Alleingang des großen BionTech-Herrschers Ugur Sahin. Sahin, by the way, ließ die gläubige TV-Gemeinde wissen, er lasse sich und seine eigenen Mitarbeiter zunächst nicht impfen. Sie müssten schließlich noch gesund und arbeitsfähig bleiben.

Die schon lange als Pharmavertreter agierenden Regierungschefs sind »tief besorgt«. Die Presse baut gerade künstlich eine oppositionelle Stimmung auf. Anzuprangern ist doch eigentlich, dass hier ein Impfstoff auf Schwache und Alte losgelassen wird, der noch gar nicht ausreichend erprobt ist. Stattdessen schimpft die Presse viel lieber, dass die Regierenden nicht liefern können: Millionen unserer schwächsten Mitmenschen werden fahrlässig dem Corona-Tod ausgesetzt, weil das rettende Vakzin fehlt! Die grüne Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher aus Brandenburg tröstet die besorgten Angehörigen: »In Pflegeheimen wird weiter geimpft!« Auch die unverzichtbare zweite Dosis (»nur ein Pieks«) gelangt planmäßig in den Körper der Senioren. Na, Gates sei Dank!

### AUSSTOSS STEIGERN AUF 2 MILLIARDEN DOSEN

Das Ganze ist sowieso nur ein medial-manipulativer Sturm im Reagenzglas. Selbstverständlich können BionTech und Pfizer liefern. EU-Chefin Ursula von der Leyen rief panisch beim Pfizer-CEO Albert Bourla an. Bourla – übrigens auch ein Tierarzt – versicherte der verängstigten von der Leyen, Pfizer und BionTech wollten 2021 nicht nur die verabredeten 1.3 Milliarden Impfdosen produzieren. Ganz ruhig! Wir wollen sogar den Ausstoß steigern auf 2 Milliarden Dosen! Und dafür muss jetzt mal kurzfristig die Produktion zurückgefahren werden. Denn jetzt soll nicht nur im belgischen Örtchen Puurs produziert werden, sondern zusätzlich noch im mittelhessischen Marburg und obendrein in Halle/Westfalen.

### MIT FRISCHEM GELD IN DEN TASCHEN AUF EINKAUFSTOUR

Ugur Sahin kann das locker schultern. Denn sein Unternehmen BionTech wurde im letzten Jahr von Politikern und Medien hemmungslos aufgeblasen zum großen Corona-Hoffnungsträger. Der BionTech-Hype machte das Unternehmen an der Börse höherwertiger als die Deutsche Bank. Das spült frisches Geld in die Taschen. So kaufte Sahin im letzten Herbst mal eben die Novartis-Anteile an den Behring-Werken in Marburg. Die Behring-Werke gehörten früher dem Höchst-Konzern und wurden dann zerschlagen in Einzelteile. So tummeln sich auf dem Behring-Gelände Labore von GlaxoSmithKline, CSL Behring (Commonwealth Serum Laboratories aus Australien) und neuerdings BionTech. BionTech kontrolliert die gesamten Behringwerke durch die ebenfalls im Herbst gekaufte Firma Pharmaserv.




*Pharmaunternehmen auf dem Gelände der ehemaligen Behring-Werke in Marburg.* Foto: DW/Hermann Ploppa

### EIN ZUSAMMENSCHLUSS DER PHARMAKONZERNE IN MARBURG

Wie kann das sein, dass Werksanlagen konkurrierender Pharma-Weltkonzerne in Marburg allesamt von Herrn Sahin kommandiert werden? Die Antwort: Alle Pharmakonzerne sind irgendwie miteinander verbandelt. Ständig werden Werkskomponenten vom einen zum anderen Globalkonzern hin und her verschachert. Und immer wieder finden sich traditionelle Konzerne zusammen zu einem Tandem mit jungen Start-Up-Unternehmen: Biontech und Pfizer; demnächst wollen CureVac und Bayer ins lukrative neue Geschäft mit genetischen Impfstoffen einsteigen. GlaxoSmithKline und Sanofi haben sich gerade mit einem Vakzin bis auf die Knochen blamiert. Astrazeneca, eine britisch-schwedische Fusion, bekommt im Februar die Zulassung durch die europäische Impfbehörde EMA. Der Impfstoffhersteller Moderna hieß ursprünglich ModeRNA und machte schon im Namenszug sein Interesse an genetisch operierenden Impfstoff deutlich. Seit Januar ist der Moderna-Impfstoff in der Europäischen Union zugelassen.

### DIE KARTELLBEHÖRDEN SEHEN SCHWEIGEND ZU.

Und sie alle sind, wie gesagt, irgendwie miteinander verbandelt ohne dass irgendeine Kartellbehörde jemals in dieser Angelegenheit tätig gewesen wäre. Das traute Miteinander auf dem Behring-Gelände in Marburg erklärt sich daher, dass der britische Pharmariese GlaxoSmithKline gerade mit dem amerikanischen Riesen Pfizer zu einem Superriesen verschmilzt. Angefangen hat das damit, dass die beiden Giganten ihre rezeptfreien Gesundheitsprodukte ausgegliedert und zu einem neuen Konzern zusammengeführt haben. Zuvor bereits hatte Novartis seine Produktion rezeptfreier Gesundheitsartikel mit GlaxoSmithKline verschmolzen. Da trifft es sich doch gut, dass gerade jetzt im Zeitalter der Corona-Angst überall der exzessive Verbrauch von Produkten der drei Riesen zur Pflicht wird: kein Zahnarztbesuch ohne vorherige Mundspülung mit Chlorhexamed. Eine Agent Orange-Attacke auf die natürliche Mundflora, die ja bekanntlich für die Abwehr feindlicher Mikroorganismen unverzichtbar ist. Odol, Sensodyne, Voltaren – alles aus dem Hause GlaxoSmithKline geht jetzt weg wie warme Semmeln.



HERMANN PLOPPA IST BUCHAUTOR UND CHEF DES WIRTSCHAFTSRESSORTS DIESER ZEITUNG.

### PHARMAGIGANTEN GEBEN MARSCHBEFEHL VOR.

Doch für die Chefin von GlaxoSmithKline, Emma Walmsley, ist das noch nicht genug: »Die Vollendung des Joint Ventures mit Pfizer markiert den Beginn unserer Umwandlung von GlaxoSmitKline. Das legt den Grundstein für zwei neue große Unternehmen, nämlich eines für Pharmazeutika sowie Impfstoffe, und das andere für rezeptfreie Gesundheitsartikel.« Novartis, GlaxoSmithKline und Pfizer sind dann unwiderstehlich. Eine solche Marktzusammenballung ist natürlich in der Lage, Nationalstaaten den Marschtritt in der Massenimpfung gegen alle möglichen gefühlten oder echten Pandemien noch mehr als bisher vorzuschreiben. Vereint fühlt man sich denn auch stark für den Augenblick, wenn Pharmahersteller in Indien, China und in anderen Schwellenländern sich nicht mehr damit bescheiden, die Produkte der westlichen Giganten in Lizenz oder im Auftrag zu fertigen, sondern mit eigenen Entwicklungen die Vormacht des Westens zu brechen.

# Europäische Wirtschaft am Scheideweg

*Mit den USA oder mit China? Mit beiden? Oder mit Biden? Wie lange ist die EU angesichts der suizidalen Tendenzen der Merkel-Politik noch lebensfähig?* | Von Hermann Ploppa

Während die apokalyptischen Nacktreiter unserer Politik in ihrem Fieber immer neue Dimensionen des wirtschaftlichen Stillstands ersinnen, gibt es noch Unternehmer, die über die Zeit nach dem Corona-Krieg nachdenken. Wer wird dann noch zur Unternehmerzunft dazugehören? Und mit wem kann man vom europäischen Aschefeld aus noch lukrative Geschäfte machen? Da fällt der begehrliche Blick begreiflicherweise nach China. Denn von China ging die Corona-Welle aus. Doch dort dachte niemand daran, aus dieser Pandemie einen irrwitzigen Dauerzustand zu entwickeln. Und so boomt die chinesische Wirtschaft schon lange wieder. Wie kann sich eine europäische Wirtschaft an eine solche Vitalität andocken?

### CHINESEN ENTWICKELN EIGENE NORMEN UND STANDARDS

Darüber machte sich das in Berlin ansässige Mercator-Institut Gedanken, zusammen mit der Handelskammer der Europäischen Union in China. In dem Denkpapier der beiden Partner wird beklagt, dass an die Stelle einer weltweiten Öffnung der Globalisierung nun schon lange eine Phase der Entkoppelung getreten ist. Und zwar gerade in den höchstentwickelten Sektoren, die für Militärstrategen interessant sind, also alles was mit Digitalisierung zusammenhängt. Die USA haben den mittlerweile weltweit führenden Mobiltelefonanbieter Huawei aus ihren Kommunikationskanälen rausgeworfen. Europäische Halbleiterhersteller wurden daran gehindert, nach China zu exportieren. Die chinesische Halbleiterfirma SMIC wiederum wurde im letzten Dezember, zusammen mit 689 anderen Unternehmen, auf eine schwarze Liste der US-Regierung gesetzt, weil sie angeblich Technologien dem chinesischen Militär zur Verfügung stellt. Während natürlich, wie wir alle wissen, US-amerikanische Hersteller niemals ihre Kenntnisse dem US-Militär zur Verfügung stellen.

Die chinesische Regierung antwortet mit Importsubstitution. Das heißt: Sie setzt alle nationalen Ressourcen in Gang, um die fehlenden Zulieferprodukte durch eigene Erzeugnisse so rasch wie möglich zu ersetzen. Es eilt. Denn die chinesische Automobilindustrie stockt, weil Halbleiter an allen Ecken und Enden fehlen. Die Chinesen entwickeln eigene Normen und Standards. Und Europa sitzt zwischen den Stühlen USA und China. Beiden Seiten gerecht zu werden wird bei einer solchen Entkoppelung immer schwieriger und kostspieliger, klagen die Autoren des europäischen Denkpapiers. Die Europäer sind in einem echten Dilemma.

### CHINA KOMMT DER EUROPÄISCHEN UNION ENTGEGEN

Doch auch China braucht die Westeuropäer. Die USA tun alles Mögliche und Unmögliche, um eine Kooperation zwischen China, Russland und anderen östlichen Partnern zu vereiteln. Dabei kann das Machtkonglomerat in Washington Erfolge erzielen. *Nord Stream 2* stockt. Die Neue Seidenstraße kommt auch nicht so flott voran, wie geplant. In dieser Situation ist China der Europäischen Union gerade sehr weit entgegengekommen mit dem Investitionsabkommen vom 30. Dezember 2020. Denn bislang konnten ausländische Investoren in China nicht in allen Bereichen direkt investieren. Sie mussten sich chinesische Partner suchen, und mit diesen Joint Ventures in China gründen. Das ist ab sofort in viel weniger Fällen notwendig. Vielmehr als früher können sich europäische Firmen jetzt bei einheimischen Betrieben einkaufen. Und der neue Vertrag garantiert, dass chinesische Staatsbetriebe nicht länger einheimische Unternehmen bei der Auftragsvergabe gegenüber Europäern bevorzugen. All das war jahrzehntelang mit China nicht zu machen.

### EUROPÄISCHE UNTERNEHMEN ZU SCHLEUDERPREISEN

Es ist natürlich die Frage, inwieweit die europäische Vertragsseite angesichts der suizidalen Tendenzen der Merkel-Politik auf lange Sicht noch lebensfähig sein wird. Es ist sehr wahrscheinlich, dass ein Tsunami von Insolvenzen europäische Unternehmen zu Schleuderpreisen auf den Ladentisch katapultieren wird. Chinesen, Amerikaner und Russen werden sich zu bedienen wissen. Zum anderen führt sich die Merkel-Regierung gegenüber ihren EU-Partnerregierungen absolut arrogant und selbstherrlich auf. Das kann man sich als deutsche Regierung noch erlauben. Denn von den 140 Milliarden Euro, die europäische Unternehmen in den letzten zwanzig Jahren in China getätigt haben, entfallen allein 86 Milliarden Euro auf deutsche Investitionen. Das zeigt die real existierenden Kräfteverhältnisse in Europa anschaulich. Sollte der Riese Deutschland jetzt dank der Corona-Selbstmordstrategie der Merkel-Regierung ins Taumeln kommen, kann nicht auf Solidarität und Rücksichtnahme der anderen europäischen Nationen gesetzt werden.

So zeigt auch das Mercator-Denkpapier eine bemerkenswerte Unfähigkeit, diese prekäre Situation angemessen zu erkennen. Der Wirtschaftskrieg der USA gegen Deutschland begann nicht erst unter Trump, richtig ungemütlich zu werden. Genannt sei hier nur das äußerst selektive Vorgehen gegen den ertappten Umweltsünder Volkswagen. Industriespionage gegen die deutsche Wirtschaft gehört zum Alltag US-amerikanischer Geheimdienste. Das Stehlen von deutschen Technologie-Geheimnissen. Die Aushorchung der deutschen Bevölkerung ist in diesem Zusammenhang lediglich ein »Beifang«. Darüber schweigt man sich jedoch lieber aus.Von unseren potentiellen Partnern China, USA oder Russland hat keiner der drei nur Samthandschuhe im Umgang mit uns an. Wenn wir nach der Corona-Apokalypse überhaupt noch etwas anzubieten haben, sollten wir uns nach allen Seiten offen und kritisch gleichzeitig zeigen.



*Impfzentrum in Berlin-Treptow mit Einsatz der Bundeswehr im Inland.* Foto: DW/Steve Schramm

# Wie viele Impftote wollen wir eigentlich noch?

*Ein Kommentar von Hermann Ploppa*

Neulich sprach ich auf dem Flur mit meinem Nachbarn. Ein herzensguter Mensch, absolut hilfsbereit. Ich wollte mal so abtasten, wie er eigentlich so zu den Covid-Impfungen steht. Das Gespräch kam auf jene Seniorin, die mit dreiundneunzig Jahren kurz nach der Impfung mit dem Vakzin von BionTech und Pfizer verstorben war. »Ja, die war ja schon alt und schwach. Aber im Kampf gegen so ein heimtückisches Virus müssen wir so etwas in Kauf nehmen. Man weiß nie, wann es einen erwischt!«, sagte mein Nachbar.

Ich war entsetzt. Das kann man nicht anders sagen. Das wirkt auf mich ein bisschen wie: »Im Krieg gibt es nun mal leider Gefallene!« Wie weit sind wir eigentlich schon in unseren Koordinaten verdreht, dass wir nicht aufschreien: Hände weg von den schwächsten Mitmenschen! Wo ist unser Beschützerinstinkt, der Kinder und Hochbetagte besonders vorsichtig anfasst? Wie kann das sein, dass wir Leute, die zunehmend Probleme haben, noch Treppen hochzusteigen, vorschicken, damit sie für uns Gesunde und Starke eine neue Sorte Impfstoffe vortesten und dabei selbstverständlich – das wissen wir doch ganz genau – viel mehr zu kämpfen haben, um ihre körperliche Balance zu halten, als wir selber? Wie viele betagte Menschen werden von ihrer Familie überredet, sich impfen zu lassen?

Es sind schon so viele alte Menschen an den Vakzinen der Pharmariesen BioNTech/Pfizer oder Moderna gestorben. Aber auch kerngesunde Menschen im besten Lebensalter. Wie jener Arzt in Florida, der sich gerne impfen ließ. Oder die portugiesische Krankenschwester, die sich im Facebook mit Maske zeigte, unterlegt mit der Nachricht: Ich habe mich gerade impfen lassen. Das war die letzte Nachricht ihres Lebens. Allein in Norwegen sind mittlerweile 33 Menschen gestorben, in Dänemark zwei. Und ebenfalls zwei Senioren in Israel und in der Schweiz. Man fragt sich, warum diese zumindest fahrlässigen Tötungen durch ungetestete Impfstoffe nicht wenigstens jetzt gestoppt werden.

Komplett unverständlich aber ist folgendes: Es werden auch Menschen geimpft, die bereits im Sterben liegen und die nur noch Morphium bekommen, um sanft ins Nirwana hinüberzuschweben. Was soll das denn? Warum schützt man Leute vor der angeblich so tödlichen Gefahr des Sars-Cov-2; Leute, die sowieso schon todgeweiht sind? Da kommt ein böser Gedanke auf. Will man etwa Palliativ-Patienten nach ihrem Tod ungestört sezieren, um neue Erkenntnisse über die Wirkungsweise des verabreichten Impfstoffes zu gewinnen? Warum tobt man sich überhaupt an Hochbetagten und Behinderten aus?

Machen Sie sich dazu bitte ihre eigenen Gedanken. Es ist höchste, aber allerhöchste Zeit, die zumindest fahrlässige Tötung unserer hochbetagten Liebsten endlich zu stoppen und die Täter einer rechtsstaatlichen Behandlung zuzuführen.

# Leitmedien in der Corona-Krise: Zwischen Profit und Beschimpfungen

*Wenn nur noch schnelles Geld, Nähe zur Macht und viele Klicks zählen, leidet der Inhalt.* | Von Erich Kartmann

**Die freie Presse ist in einer Demokratie unverzichtbar. Gerade in der Corona-Krise wurde deutlich, wie wichtig ein seriöser und ernstzunehmender Journalismus ist. Im »Stresstest« stellt sich nun aber heraus, dass auch die Leitmedien – besonders zu Beginn – in ihrer Corona-Berichterstattung weitestgehend eine ihrer wichtigsten Aufgabe verfehlt haben: als kritische Instanz das gesellschaftliche und politische Geschehen zu begleiten. Ein Grund dafür könnte der personelle Kahlschlag der Zeitungsredaktionen in den letzten Jahren sein.**

Seit drei Jahrzehnten sinken kontinuierlich die Auflagen der Zeitungen. Die Zeitungsverlage, die Wirtschaftsunternehmen sind, reagierten 2012 mit der größten Entlassungswelle seit 1949. Während es 2005 in Deutschland bei Zeitungen und Zeitschriften noch 48.000 festgestellte Journalisten gegeben hatte, waren es 2019 laut Statista nur noch 22.000. Und Anfang 2019 prognostizierte das britische Forschungszentrum Reuters Institute for the Study of Journalism, dass es in den kommenden Monaten wieder zur »größten Entlassungswelle für Journalisten seit Jahren« kommen könnte. Dann kam Corona.

### PROFITEURE DER KRISE: DIE ZEITUNGSVERLAGE

Seit Beginn der Corona-Krise profitieren die Verlagshäuser massiv vom Verkauf des neuen Produkts »Corona«. Die Nachfrage nach politischer Presse und Wirtschaftstiteln ist deutlich angestiegen, teilt der Arbeitskreis Zeitungs- und Zeitschriftenverkauf mit. E-Paper gewannen über 11 Prozent und die Klickzahlen im Internet haben ungeahnte Höhen erreicht, vermeldet der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) in seinem Jahresbericht 2020. Auch beim Paid-Content hatten die meisten



*Imperiale Propagandisten: Festhalten am Karrieresystem in der Diktatur?* Collage: DW/Jill Sandjaja

Verlage deutliche Steigerungen – bis zu 20 Prozent, teilweise noch deutlich darüber. Mathias Döpfner, BDZV-Präsident, benannte bereits im Mai 2020 bei der Digitalkonferenz Bebta den springenden Punkt: Die Folgen der Corona-Pandemie seien für digitale journalistische Nachrichtenangebote »vielleicht der historisch goldene Moment überhaupt«, die digitalen Zeitungsangebote seien »buchstäblich durch die Decke gegangen«, immer mehr Menschen bereit, für digitalen Journalismus zu bezahlen.

### DER KAHLSCHLAG IN DEN REDAKTIONEN LÄSST DIE QUALITÄT LEIDEN

Den Verlagshäusern scheint allerdings nicht klar zu sein, dass ihr derzeitiger Verkaufserfolg des Produkts »Corona« langfristig ein Pyrrhussieg sein könnte. Er könnte nämlich teuer erkauft sein: a uf Kosten der Glaubwürdigkeit. Wie jedes journalistische »Produkt« ist auch das Thema »Corona« eine sehr empfindliche »Ware«, die stets mit größter Sorgfalt und Kompetenz »hergestellt« werden müsste. Die massiven Entlassungswellen der letzten Jahre haben aber unter anderem dazu geführt, dass Journalisten immer weniger Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben haben. Zudem werden immer mehr Freelancer beschäftigt, die – oftmals schlecht bezahlt – unter großem Druck arbeiten. Und dies hat Auswirkungen, die man nun merkt.

### STRUKTURELLE DEFIZITE ÄUSSERN SICH JETZT UNAPPETITLICH

Trotz alledem konnte man sich bisher beim Qualitätsjournalismus in der Regel darauf verlassen, dass vor der Veröffentlichung die immense Informationsvielfalt professionell aufbereitet, eingeordnet und nach bestem Wissen und Gewissen überprüft wurde. Seit März 2020 zeigen sich besonders bei der Corona-Berichterstattung gravierende handwerkliche und inhaltliche Mängel.

Auffällig: In den letzten Monaten nahmen unappetitliche Beschimpfungen durch Journalisten zu, die so früher nur in den Social Media zu finden waren: Sebastian Herrmann in der *Süddeutschen Zeitung*: »Wie man Besserwisser zum Schweigen bringt«, Eugen Epp im *Stern*: »An alle, die jetzt wieder unter die Leute gehen: Seid ihr eigentlich komplett bescheuert?« und, schon in der Nähe von Hassrede, Sebastian Leber im *Berliner Tagesspiegel* mit der Überschrift: »Maskenverweigerer, ich verachte euch zutiefst«: »Die sind hochgradig asozial«. Ein merkwürdiges journalistisches Verständnis des Qualitätsjournalismus offenbarte Marietta Slomka in einem *DLF*-Interview am 26.3.2020: »... das sind jetzt keine investigativen Gespräche, bei denen ich einen Experten ... anfange zu grillen ... Das ist jetzt nicht die Zeit dafür.«

Ein Artikel Malte Lehmings im *Berliner Tagesspiegel* illustriert die Unfähigkeit oder Unwilligkeit von Journalisten, sich adäquat mit sachlicher Kritik an der Corona-Berichterstattung auseinanderzusetzen: »Wider die Mär von einer Kumpanei in der Corona-Bekämpfung«, so der Titel. Lehming stellt die Frage, woher das Misstrauen gegenüber einer freien (sic!) Presse komme und wer es schüre (sic!). Auf die Kritik Andreas Rosenfelders und Franziska Augsteins, die sich auf Analysen von Wissenschaftlern (unter anderem Klaus Meier und Vinzenz Wy ss, Claus Eurich, Dennis Gräf, Martin Henning, Michael Haller) beziehen, antwortet er allen Ernstes: »Medienschelte solcher Art düngt den Boden, der auch Verschwörungsmythen sprießen lässt«. Da stellt sich einfach nur noch die Frage: Borniertheit? Verblendung? Schweres kognitives Unvermögen? Oder alles zusammen?

**Erich Kartmann arbeitete nach dem Studium der Philosophie und Germanistik viele Jahre in der Redaktion einer Tageszeitung in Berlin. Vor rund zwölf Jahren hat er sich er als Übersetzer und Lektor selbstständig gemacht.**

# Hinaus auf die Straße

*Kommentar von Sophia-Maria Antonulas*

**»Wir brauchen keine Agenturen.« Diesen Standpunkt vertrat einst der Herausgeber der größten österreichischen Boulevardzeitung. Der Zeitungsmacher hatte ein Gespür für gute Themen und dafür, was die Leser bewegt.**

Exklusive Geschichten liegen auf der Straße – zumindest für diejenigen Journalisten, die neugierig sind und ein bisschen Mut haben. Doch was erfahrene Redakteure wirklich ausmacht, ist ihr großes Netzwerk sowie ihr Gespür für eine gute Geschichte. Und auf diese stößt man selten in den Weiten des Internets. Daher ist es für die Journalistinnen und Journalisten unentbehrlich, rauszugehen, sich umzusehen und mit den Leuten zu sprechen. Ein wirkliches Gefühl für einen Menschen bekommt man nur in einem persönlichen offenen Gespräch, das ohne Vorurteile und von Angesicht zu Angesicht geführt wird. Eine klassische Recherche geschieht mit Respekt, auf Augenhöhe und unvoreingenommen.

Niemand braucht langweilige inszenierte Pressekonferenzen, bei denen entweder keine kritischen Fragesteller erwünscht sind oder, falls doch mal einer durchrutscht, nicht auf ihn eingegangen wird. Niemand will die immer mechanisch klingenden Mitteilungen der Unternehmen, Parteien und Verbände lesen, über die nur deswegen berichtet wird, weil der Absender in dem Medium Werbung schaltet. Niemand studiert Publizistik, um dann Agenturmeldungen zu kopieren, bei denen, wenn's hochkommt, der Titel geändert wird. Trotzdem gibt es in den Redaktionen tausende unterbezahlte fixe Freie, die genau das machen. Selbst bei den gut dotierten öffentlich-rechtlichen Sendern gibt es keine Aussicht auf eine Festanstellung. Bezahlter Urlaub, Rente oder Krankenstand? Das wird den wenigsten Redakteuren gegönnt – egal ob Print- oder Online-Medium. Das ist nur spannend, wenn man frisch von der Uni kommt. Jedoch sind nicht nur Neulinge dazu bereit, unter solchen Bedingungen zu arbeiten. Auch *ZDF* und Co achten penibel darauf, dass selbst erfahrene Medienschaffende das Maximalkontingent an Arbeitstagen, bis zu dem die Sozialversicherung noch wegsieht, nicht überschreiten. Anstellungen werden so partout vermieden. Mit den Zwangsgebühren wird also nicht nur die Meinungsvielfalt untergraben, sondern auch noch das Sozialsystem ausgehöhlt.

Übrigens: Das jüngste Beispiel für wagemutigen Aufdeckungsjournalismus stammt von Dan McCrum, der mit seinen Artikeln für die *Financial Times* das Unternehmen Wirecard zu Fall gebracht hat. Ihm wurden Gerichte, Geheimdienste und die BaFin auf den Hals gehetzt, und noch 2019 haben große deutsche Qualitätszeitungen ihn aufs Schärfste diffamiert. Aufgegeben hat er trotz allem nicht.

# EISIGE ZEITEN FÜR

SOLANGE MENSCHEN AUF IHRE GRUND- UND MENSCHENRECHTE BESTEHEN UND GEMEINSAM I

**Seit Ausruf der Pandemie scheint nichts zu gelten, was einmal war. Das bürgerliche Selbstverständnis von politischem Engagement, gesellschaftlicher Teilhabe und Anspruch auf Mitgestaltung ist offensichtlich nicht mehr gefragt. Zumindest nicht bei den Machthabenden. Eine oppositionelle Parteigründung in einer Szene-Bar in Berlin Prenzlauer Berg wird zum Schauplatz des Demokratie-Verlustes, zum Abbild der gesellschaftlichen Spaltung und des fehlenden Dialog zwischen den Vertretern des offiziellen Narrativs und ihren Kritikern.**

Es ist kalt an diesem frühen Donnerstagabend in Berlin, ein eisiger Wind weht aus Nord-Ost, die Straßen rund um den Kollwitz-Kiez in Prenzlauer Berg sind leergefegt. Hier und da kreuzt ein Radfahrer die Straße, vereinzelt huschen ein paar Menschen über die breiten Bürgersteige, verschwinden mit Einkaufstaschen in dunklen Hauseingängen. Die Großstadtlichter der Bars und Restaurants sind im *Lockdown* erloschen. Manche vielleicht für immer. Die einzige Bar, die am Abend des 14. Januar hell leuchtet, ist das Scotch & Sofa am Anfang der Kollwitzstraße. Drinnen wartet Sören Pohlen, der Inhaber des Szene-Treffs, hinter dem Tresen auf seine Gäste. Der große Mann mit hellblauen Augen und aufrechtem Gang stellt heute seine Bar als Treffpunkt für eine geschlossene Parteigründung zur Verfügung. Er selbst will auch politisch aktiv werden.

Seit sechs Jahren betreibt der 52-Jährige die Wohnzimmerbar im Vintage-Stil, zuvor war er in der Altenpflege tätig. Die Bar sei sein Lebenswerk, sagt Pohlen. Jetzt stehe er kurz vor der Insolvenz. »Ich habe die Nase voll«, sagt er. »Sämtliche Versprechen wurden von der Politik gebrochen.« Als Barbesitzer sei er seit Monaten im *Lockdown*, habe 300.000 Euro Verlust eingefahren und nur 24.000 Euro als Kompensation erhalten. Die Nerven lägen blank, die Verzweiflung sei groß und ein Ende der drakonischen Maßnahmen nicht in Sicht. »Ich verstehe das Handeln der Politik nicht mehr«, sagt Pohlen. »Selbst das Robert-Koch-Institut bestätigt, dass die Gastronomie kein Hotspot von Infektionen ist: Warum wird alles geschlossen?« Der gebürtige Heidelberger hat das Vertrauen in die Regierung verloren. Seine Stimme wird leiser: »Aus einem *Lockdown* wurden viele, das Ziel ist unbekannt, die Zukunft ebenso.« In den sozialen Medien sei er dann auf die Aktion Team Freiheit aufmerksam geworden.

### DEBATTENRAUM ALS TEIL GELEBTER DEMOKRATIE

Während die ersten Gäste eintrudeln, es werden 28 an diesem Abend, wird Pohlen nervös. Draußen bleiben Passanten am Fenster stehen, machen Fotos. Tuscheln. Was, wenn die Polizei auftaucht? Der Gastronom wartet auf die zwei Ideengeber und Berater des heutigen Abends: die Rechtsanwälte Viviane Fischer und Dr. Reiner Füllmich. Dann ist es soweit: Fischer, eine mittelgroße, schlanke Frau mit blondem Kurzhaarbob und fliederfarbenem Designermantel, betritt gemeinsam mit ihrem Kollegen Füllmich, in Jeans und Lederjacke, die Bar. Beide sind Gründungsmitglieder des außerparlamentarischen Corona-Ausschusses, der sich seit Beginn der ausgerufenen Pandemie mit einer umfassenden Aufklärung rund um die Maßnahmen beschäftigt. Fischer und Füllmich hatten die Idee zur lokalen Parteigründung und riefen vor kurzem ihre eigene unter dem Namen Team Freiheit ins Leben.

Fischer sieht derzeit eine große Notwendigkeit für politisches Engagement. »Uns fehlt ein Debattenraum – und das im doppelten Sinn«, sagt die Juristin. Persönliche Treffen mit Nachbarn, Bekannten aus dem Kiez fänden aufgrund der Verordnungen nicht mehr statt und dabei gehe es doch gerade darum, sich in der Krise kontrovers auszutauschen, Orte der Begegnung zu schaffen, sich innerhalb seiner lokalen Umgebung zu unterstützen und gemeinsam Ideen zu entwickeln. Da würden sich die stillgelegten Bars und Restaurants geradezu anbieten.

Wer die Teilnehmer an diesem Abend genauer betrachtet, sieht die Mitte der Gesellschaft, nicht den Rand: Von Ärzten, über Musiker, Unternehmensberater und freiberufliche Kreative, von jung bis alt – alles ist dabei. So unterschiedlich wie die Besucher sind, so groß ihr gemeinsamer Nenner: Jeder ist mit der aktuellen Politik unzufrieden, jeder will sich engagieren. In kleinen Gruppen tauschen sich bis dato fremde Menschen aus, sprechen über ihre Beweggründe, ihre Ängste, ihre Wünsche, ihr politisches Bestreben. Während der kurzen Kennenlernphase wird ein Livestream für eine Internetübertragung vorbereitet, der zur Nachahmung inspirieren soll. Nach und nach verstummen die Gespräche und Füllmich erklärt den Ablauf des Abends, die weiteren Schritte zur Parteigründung.

### EINE EINSATZHUNDERTSCHAFT POLIZEI GEGEN 28 FRIEDLICHE PARTEIGRÜNDER

Nach der Wahl des Versammlungsleiters, rund eine Stunde nach Beginn, stehen plötzlich zwei Berliner Polizeibeamte in der Tür, verweisen auf das Verbot von Veranstaltungen und fordern die sofortige Beendigung. Mehrere anonyme Anrufe seien nach Aussagen eines Beamten mit Verweis auf eine illegale Barveranstaltung eingegangen. Jetzt wird diskutiert: Füllmich verweist auf das Recht im Grundgesetz Artikel 21 zur Parteigründung, der leitende Polizist auf das Verbot von Veranstaltungen laut Infektionsschutzgesetz. Nach einem kurzen verbalen Schlagabtausch ziehen sich die Polizeibeamten zunächst zurück.

Draußen vor der Tür steht ein Aufgebot an Polizei, darunter eine Einsatzhundertschaft. Nur fünf Minuten später stürmen rund 25 Beamte die Bar, der Livestream wird ohne Ansage eines Beamten per Schlag auf die Kamera beendet und alle Teilnehmer werden lautstark aufgefordert, sich auszuweisen. Unruhe macht sich breit, es wird eng in der Bar, mittlerweile sind mehr Polizisten als Gäste im Raum, niemand darf gehen.




*2.400 Jahre Demokratiegeschichte seit Sokrates. Auf Basis des Grundgesetzes in die Zukunft: Die Demokratiebewegung baut auf, was der Merkel-Staat einreißt.*

*Collage: DW/Jill Sandjaja*

# DIE DEMOKRATIE?

**DEEN ENTWICKELN, KÖNNEN SIE NUR GEWINNEN. | EINE REPORTAGE VON NADINE STROTMANN**

Hier und da beginnen Diskussionen mit den Beamten: Über massive Einschränkungen der Grundrechte, die Notsituation vieler Menschen aufgrund der Maßnahmen, der mangelnde Diskurs der Regierung mit Kritikern. Der größte Teil der Einsatzkräfte bleibt ruhig, viele sind sehr jung, wissen oft nicht, weswegen diese Versammlung aufgelöst wird. Die aggressive Grundstimmung geht von zwei bis drei älteren Beamten aus, die mit lauter und autoritärer Stimme sprechen, den Ton angeben.

Eine halbe Stunde dauert der Einsatz, um von allen Teilnehmern Personalien aufzunehmen. Einige Besucher, die keine Mund-Nasen-Bedeckung tragen, müssen ihre medizinischen Atteste zeigen – die meisten werden beschlagnahmt. Ohne Begründung. Einzig ein Protokoll über den Einbehalt der Atteste bleibt den Erkrankten, die sich ab jetzt ohne Beweis im öffentlichen Leben bewegen müssen. Kurz darauf drängt die Polizei alle Gäste, die Lokalität zu verlassen. Es gebe kein schriftliches Hygienekonzept, so der Einsatzleiter der Polizei, daher müsse sofort die Veranstaltung beendet werden. Trotz mündlicher Erläuterungen seitens der Rechtsanwältin bleibt die Räumung der Bar bestehen. Innerhalb weniger Minuten leert sich diese leise, die Lichter gehen aus. Nur die Polizeiwagen stehen noch vor der Tür. Füllmich bleibt beim Abgang optimistisch: »Der Abbruch war verfassungswidrig. Wir machen weiter, nur nicht heute.«

### NAZI-RUFE SCHALLEN AUS DER DUNKELHEIT, GLAS ZERBRICHT

Am Tag darauf verabreden sich die Teilnehmer erneut: Zur selben Zeit am selben Ort, um ihr Grundrecht auf Gründung einer Partei auszuüben – dieses Mal mit einem schriftlichen Hygienekonzept. Doch der Abend verläuft anders der zuvor. Schon von weitem schallen Rufe durch die Dunkelheit, Parolen werden geschrien: »Nazis raus!« Ein lauter Knall, Glas zerbricht, eine Frau kreischt. Ein aufgebrachter Mob von rund 20 schwarzgekleideten Menschen mit Mützen und Masken hat sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite der Bar versammelt. Die Rufe drohen, schreien, verunglimpfen die wartenden Parteigründer. Sie seien »rechtes Pack«, »Nazis«, sie gehörten »weggesperrt« und »geächtet«.

Vor der unbeleuchteten Bar stehen die rund 25 Demokraten in kleinen Gruppen, die Stimmung ist angespannt. Ein schlanker Mann mittleren Alters mit Schal vor Mund und Nase, der am Abend zuvor auch da war, schildert seine Eindrücke. Heute Abend sei die Stimmung seltsam, sagt er, insbesondere die Antifa-Gruppe auf der anderen Seite mache ihm Sorgen. »Dieser Hass, der auch medial gesteuert wird, entlädt sich bei uns. Wir, die für das Grundgesetz, die Demokratie und Freiheit einstehen, werden zu Nazis stigmatisiert. Das ist irre«, sagt er. »Und wir kennen einander noch nicht einmal. Wir haben nicht mal miteinander gesprochen. Woher kommt bloß dieser Hass?« Während die Rufe der Gegenseite anhalten, fährt eine Polizeikolonne vor. Die Polizisten strömen auf den Bürgersteig, verweisen die friedlichen Parteigründer des Platzes, ignorieren die Nazi-Rufe und Gewaltandrohungen, die von der anderen Straßenseite herüberschallen.

Als die Anwältin Fischer an der Bar ankommt, stehen nur noch eine handvoll Gründungsmitglieder mit dem Inhaber vor dem Eingang, die Rufe von gegenüber sind verhallt, der Mob hat sich aufgelöst.

Geblieben sind eine Menge Polizisten, die sich rund um das Scotch & Sofa auf dem Bürgersteig verteilen und rigoros dafür sorgen, dass keine weiteren Passanten stehen bleiben. Ihre Ansagen sind ruppig, der Tonfall laut und bestimmt. Zur Vorlage eines Hygienekonzeptes kommt es nicht – im Gespräch zwischen Fischer und der Polizei untersagt letztere erneut die Versammlung. Eine plausible Begründung bleibt offen. Auch die Presse wird an diesem Abend an ihrer Arbeit gehindert: Ein bekannter Youtuber, der im Livestream das Gespräch filmt, wird von einem Polizisten mehrfach aggressiv zur Seite gedrängt. Während Rechtsanwältin Fischer in einer polizeilichen Maßnahme feststeckt, die Parteigründer nach Hause gehen, steht Barbesitzer Pohlen allein neben dem Eingang seiner Bar.

### SOZIALDEMOKRATISCHER EINSATZ FÜRS GRUNDGESETZ

Wieder ist es ein kalter Abend in Berlin, wieder weht ein eisiger Wind. Doch heute bleiben die Lichter seiner Bar aus. Pohlen blickt auf den Boden, geht zwei Schritte nach rechts, zwei nach links. Er zittert. Seit gestern Nacht sei nichts mehr, wie es war, sagt er. Er habe Morddrohungen erhalten, seine Barbewertungen im Internet seien nach unten gedrückt worden, sein Vermieter habe ihm die Kündigung erteilt.

Auch die Polizei war vormittags schon da, Nachbarn hätten ihn darüber informiert. »Und jetzt bin ich laut Presse auch noch rechtsradikal und ein Corona-Leugner«, sagt der frühere Sozialdemokrat, Verehrer von Willy Brandt und Helmut Schmidt, und er schüttelt den Kopf. Vielmehr soziale Häme ginge wohl kaum. Aber diesen Schritt bereue er nicht. Was juristisch auf ihn jetzt zukomme, werden die nächsten Tage zeigen. Und egal wie es ausgehe, Pohlen ist sich einer Sache sicher: »Es sind zwar eisige Zeiten für die Demokratie, doch wer für diese und das Grundgesetz eintritt, der kann niemals verlieren.«



# Bagatellvirus 1:0 Demokratie

*Ende Januar 2020 wird der erste Coronafall in Bayern bekannt.* | Rückblick von Dr. med. Paul Brandenburg

**Auffällig aus medizinischer Sicht war am Jahr 2020 allenfalls seine Unauffälligkeit.**

So unauffällig war es, dass eine wissenschaftliche Bagatelle ab März des Jahres die Fachwelt beherrschen konnte: Ein neu identifiziertes Mitglied der bekannten Familie der Coronaviren namens Sars-Cov-2. Wie sich schnell bestätigte, verlief eine Infektion mit diesem Virus bei den meisten Menschen ähnlich, wie eine Infektion mit den anderen Mitgliedern seiner Familie: unbemerkt und beschwerdefrei. Nur bei einem kleinen Teil löst sie grippeähnliche Beschwerden und eine wenige Tage andauernde Erkrankung aus (Covid-19).

### ERREGER GEHÖRT ZU DEN BAGATELLVIREN

Wie bei allen anderen der unzähligen erregerbedingten Atemwegserkrankungen des Menschen kann es in seltenen Fällen auch bei einer Infektion mit Sars-Cov-2 zu einer schweren Verlaufsform kommen. Bei Covid-19 ist ein solcher Verlauf durch Funktionsstörungen der Lunge gekennzeichnet – in Ausnahmefällen können diese tödlich sein (bei circa 3 von 1.000 Infizierten). Dies allerdings fast ausschließlich dann, wenn die Betroffenen bereits über 80 Jahre alt oder vorerkrankt sind. Aus medizinischer Sicht reiht sich der neuartige Erreger damit unauffällig in das Spektrum der Bagatellviren ein, von denen die breite Öffentlichkeit zuvor kaum Notiz nahm. Im Verlauf des Jahres 2020 kam es in Deutschland dennoch zu Massentestungen der Bevölkerung. Sie belegten die plausible Annahme, dass sich Sars-Cov-2 schnell und flächendeckend innerhalb weniger Wochen im ganzen Land ausbreitete. Begleitende Untersuchungen bestätigten ebenso zweifelsfrei, dass es trotz dieser Ausbreitung zu keiner Zeit zu einer relevanten Steigerung der durchschnittlichen Gesamtzahl der Sterbefälle im Land kam (sogenannte Übersterblichkeit).

### MIT, ABER EBEN NICHT AN DEM NEUEN VIRUS ...

Pathologen wiesen bereits früh in 2020 darauf hin, dass die Menschen in den meisten Fällen mit, aber eben nicht an dem neuen Virus starben. Zum Ende des Jahres bestätigte sich denn auch: Die Menschen in Deutschland starben im Durchschnitt unverändert erst am Ende ihrer statistischen Lebenserwartung von 81 Jahren. Wie in den Jahrzehnten zuvor, wurde dieser Tod in rund der Hälfte der Fälle von einer akuten Atemwegserkrankung ausgelöst. Unter ihnen war nun neu nachweisbar auch Covid-19, ausgelöst vom neuen Sars-Cov2. Genauere Untersuchungen zeigten sogar, dass im gesamten Jahr 2020 in Deutschland insgesamt weniger Menschen wegen Atemwegserkrankungen in Kliniken intensivmedizinisch behandelt werden mussten. Aus ärztlicher Sicht, hätte 2020 damit ein durchaus gutes Jahr sein können.

### MEDIZINISCHE NORMALITÄT MIT VERHEERENDER POLITIK

Bekanntlich waren die politischen Reaktionen auf die medizinische Normalität jedoch verheerend. Sie prägen auf absehbare Zeit unseren »neuen Alltag«, haben die erste Generation von Kindergarten- und Schulkindern um ein Jahr ihrer Bildung und sozialen Entwicklung beraubt und einen irreparablen wirtschaftlichen Schaden von über einer Billion Euro verursacht (1 Billion = 1.000 Milliarden). Stand Anfang 2021 haben die politischen Fehler zu einer aggressiven Spaltung der Gesellschaft geführt. Es scheint, als habe eine Verkettung aus Inkompetenz und kalter politischer Berechnung ohne objektive Not zu dieser Jahrhundertkatastrophe geführt.

### VERSTAND KONNTE KONTROLLVERLUST NICHT DURCHBRECHEN

Das erste Auftauchen von Sars-Cov-2 in den Medien fiel zusammen mit verstörenden Bildern aus der chinesischen Diktatur: Vom Militär abgeriegelte Städte, menschenleere Straßenschluchten und Autobahnen. Die Gestalten auf diesen Bildern waren vermummt, als befänden Sie sich im Gefahrengebiet einer Pockenepidemie. Im Westen hatte man keinerlei belastbare Informationen über die Natur dieser Ereignisse oder den mysteriösen Virus, der angeblich verantwortlich sei. Gewiss war nur, dass das chinesische Regime mauerte und sich selbst auf das Schlimmste vorbereitete. Auch rückblickend bleibt es daher plausibel, dass man in diesen ersten Tagen und Wochen befürchten musste, es mit einem nie dagewesenen »Killervirus« zu tun zu haben. Auf diese anfangs real erscheinende Möglichkeit reagierten westliche Medien und Politiker – mit wenigen Ausnahmen – anstatt mit gebotener Kühle mit immer mehr Hysterie und Inkompetenz.

Als Ende Januar die ersten »Coronainfektionen« in Deutschland beim bayerischen Autozulieferer Webasto bekannt wurden, verlor die Politik allerdings noch nicht gleich den Kopf. Erst Wochen später wandte sich die zuvor für ihre Unaufgeregtheit fast berüchtigte Bundeskanzlerin mit einer emotionalen Ansprache ans verunsicherte Volk. Man werde »mit allen Mitteln« und »um jeden Preis« gegen jedes Sterben durch den neue Virus kämpfen. Dabei solle es keinen Unterschied machen, ob das Leben eines hochbetagten oder eines jungen Menschen betroffen sei. Es sei selbstverständliche »Solidarität«, die hier jeder mit jedem zu üben habe. Merkel wirkte erstmals seit 2015 wieder menschlich. Sie zeigte aus nachvollziehbaren Gründen das stärkste und menschlichste aller Gefühle: Angst. Ob und wie jedoch überhaupt eine Gefahr durch den neuen Virus ausging, war in diesem Moment weiter gänzlich unklar. Mehr noch: Bereits die allerersten wissenschaftlichen Daten zeigten, dass eine relevante Gefahr durch den neuen Virus allenfalls für solche Alters- und Erkranktengruppen ausging, die bereits heute zuvor überwiegend an Atemwegsinfektionen verstarben. Der Hinweis auf die banale Tatsache, dass Menschen mit dem Alter von 81 Jahren in Deutschland ganz üblicherweise versterben, galt von diesem Moment an und bis heute als »zynisch« und »herzlos«. Wie bei jedem anderen Panikpatienten, nutze alle Ratio auch bei Angela Merkel nicht, den Kontrollverlust zu durchbrechen. Panik ist mitnichten eine Erkrankung, die nur einfach strukturierte Menschen befällt.

### PROPAGANDA STATT ECHTER VORSORGE IN ALTENHEIMEN

Im Verlauf der Monate bestätigten alle Messwerte die weitgehende Ungefährlichkeit des Sars-Cov-2-Virus für die breite Bevölkerung. Die Regierung verbreitete ungeachtet dessen nach außen weiter Angst – blieb derweil nach nach innen zugleich auffallend untätig. Zumindest gelang es dem gesamten Staatsapparat über Monate nicht, auch nur die einfachste Versorgung von Altenheimen und Krankenhäusern mit der nötigsten Schutzausrüstung an Kitteln und Mund-Nasen-Schutz zu organisieren. Wie später geleakte Papiere des Innenministeriums bestätigten, beschränkte sich der Ministerialapparat über diese Zeit fast ausschließlich auf Propagandamaßnahmen und unterließ bewusst eine Konzentration seiner personellen und materiellen Ressourcen auf die Bekämpfung der von ihm proklamierten medizinischen Krise.

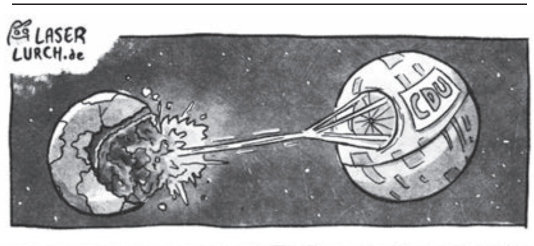
Ab März 2020 galt in Deutschland das Tabu der Sterblichkeit. Über alle Parteigrenzen hinweg inszenierten Politiker sich mit zuvor verpönter Kriegsrhetorik als mutige Kämpfer gegen den Tod und das Sterben, das in Form von »Viruswellen« angeblich bevorstand. Wer sich als Fachmann oder einfacher Bürger gegen solche Hetze aussprach, dem wurde das »Anziehen der Zügel« angedroht, in Form kontinuierlicher Einschränkung der allgemeinen Handlungsfreiheit. Denn es sei, so die Kanzlerin, nicht die Zeit für »Lockerungsorgien«. Deutschland, so verlautete sie zum Jahresende, habe 2020 schließlich »die schlimmste Katastrophe seit dem zweiten Weltkrieg erlebt«. Diesen Satz gab sie im vollen Wissen um die Tatsache von sich, dass nicht ein einziger Bürger ihres Landes mehr starb als im Durchschnitt der Jahre zuvor. Politisch war 2020 damit eine Neufassung von Andersens »Des Kaisers neue Kleider«: Eine intellektuell nackte Regentschaft ist fest von ihrer eigenen Herrlichkeit überzeugt und lässt sich von loyalen Staatsmedien bejubeln. Die vermelden dem Volk täglich, welche Brillanz und Entschlossenheit das Handeln seiner Regenten auszeichnet.

### MASKENPFLICHT ALS SYMBOL, DAS MEHR SCHADET ALS NÜTZT

So erscheint es kaum erstaunlich, dass 2020 auch den bisherigen Höhepunkt einer vorbestehenden Vertrauenskrise der Bürger in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk markiert. Auch diese Nebenhandlung dürfte die kommenden Jahre bestimmen. Wer als Person des öffentlichen Lebens auf Ungereimtheiten in den Drohungen vom »Massensterben« hinwies, wurde mit Hilfe eben dieser Medien umgehend mit dem sozialen und beruflichen Tod bedroht. Prominent traf es den Präsidenten der Bundesärztekammer. Er erlaubte sich den Hinweis, dass die politisch vorgegebene »Maskenpflicht« ohne jeden wissenschaftlichen Nutzennachweis blieb. Bereits am Folgetag seiner Wortmeldung verlangte eine Regierungspartei seinen Rücktritt. Der Mann fiel sofort um und widerrief seinen nüchternen Hinweis auf Fakten als »Missverständnis«. Weniger prominente Ärzte werden derweil im Stillen von ihren Berufskammern bedroht und von Staatsanwaltschaft und Polizei mit Praxisdurchsuchungen und Beschlagnahmungen ihrer Patientenakten schikaniert. Das alles nur, weil Politiker die »Maskenpflicht« zum zentralen Symbol ihres »entschlossen Kampfes« gegen die Sterblichkeit erkoren hatten. Manch Ministerpräsident schmückt seine eigene »Maske« konsequent patriotisch mit Landeswappen und bekräftigt, dass auch die künftige Teilnahme an Impfungen gegen Sars-Cov-2 »selbstverständliche Bürgerpflicht« sei. Wagt es ein Arzt, im Angesicht dieses Irrsinns die medizinische Selbstverständlichkeit zu attestieren, dass vielen Menschen das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung mehr schadet als nützt, ist er aus Sicht des Staates ein Aufrührer. Aus Sicht des bayerischen Ministerpräsidenten leistet er gar einer vermeintlichen »Corona-RAF« vorschub, also der Entstehung einer Bande von Serienmördern.

Anfang 2021 haben Regierung und Parteipolitiker in Deutschland sich mehrheitlich von Wissenschaft und Ratio entkoppelt und unseren Staat vom früheren Grundsatz seiner bürgerlichen Demokratie. Eine echte Abwägung von Sicherheit gegen Freiheit findet in unserem Land nicht mehr statt.

Dr. med. Paul Brandenburg (Jahrgang 1978) ist Honorararzt, Unternehmer und Publizist. 2013 erschien sein Buch »Kliniken und Nebenwirkungen: Überleben in Deutschlands Krankenhäusern«.






# Das Lachen eines Kindes ist ansteckender als Corona

*Wir leben in einer Zeit des Untergangs alter Systeme. Das Alte geht nicht mehr, das Neue geht noch nicht.*

**Rede von Ilona Si Moussa, die sie am 16. Januar auf dem Berliner Alexanderplatz bei der Kundgebung von Querdenken 30 hielt. – Stellt euch vor, die Regierung bricht Menschenrechte und Gesetze durch Verbote, Verordnungen, Willkür und die Menschen befolgen nicht, was die Regierenden befehlen. Wir sind keine kleinen Kinder – auch wenn es im Augenblick so scheint, weil Mutti uns täglich erzählt, wo es langzugehen hat. Werden wir uns wieder gewahr, dass viele von uns reife erfahrene Menschen sind.**

### ERINNERN WIR UNS UNSERER KRAFT

Noch lassen sich viele Menschen entmündigen, in Angst und Panik versetzen, glaubend, was Regierende und ihre Handlanger verkünden. Bettina von Arnim sagte einst: »Selbstdenken ist der höchste Mut. Wer wagt, selbst zu denken, der wird auch selbst handeln.« Das, was hier abläuft, ist eine Form kollektiver psychischer und physischer Folter, denn der Mensch ist ein Gemeinschaftswesen und sozial strukturiert. Bildet kleine Gruppen, in denen ihr euch regelmäßig trefft und in Austausch geht, natürlich nach dem *Lockdown*.

Ich finde es absolut wichtig, über Befindlichkeiten zu reden. Nährt euch mitseitig. Ich nehme hier bewusst nicht das Wort gegenseitig, denn es geht um ein Miteinander-Sein. Tanzt, singt, lacht. Gebt Freudlosigkeit und Resignation möglichst wenig Raum, denn das ist es, was erreicht werden soll. Mir tut es gut, mitfühlend zu sein, vor allem mit mir selbst und natürlich auch mit anderen. Derzeit werden wir emotional und sozial ausgehungert, und das ist schwer auszuhalten. Das ist eine Form der Entmenschlichung, die ich für sehr gefährlich halte. Alles, aber auch alles, was der Gesundheit und Lebendigkeit dient, wird verboten: Frische Luft, Kultur, menschliche Begegnungen, Freude…

Ich bin erschüttert, wie viele Menschen der Regierung noch immer glauben und gehorchen, statt zu hinterfragen, zu prüfen und vor allem der eigenen Wahrnehmung zu trauen. Die Menschen brauchen die Regierung nicht zwingend, wohl aber braucht die Regierung die Menschen. Das Volk ist der Arbeitgeber von Merkel und Co und es ist unglaublich, wie diese Alleinherrscher mit dem Vermögen des Volkes, den von den Menschen erarbeiten Geldern, umgehen. Teile und herrsche, Brot und Spiele – wir alle kennen es, und wir müssen diese Spiele nicht mitspielen.

### POLIZEIWILLKÜR GEHÖRT GEAHNDET

Ich bin 66. Und auch ich hatte inzwischen vielfältigste Begegnungen mit Polizisten. Ich habe freundliche und schützende Polizisten erlebt – denen danke ich für ihre Menschlichkeit. Und dann gab es jene, die sich mir gegenüber aggressiv und anmaßend aufspielten und die meinten, mir vorschreiben zu können, wie ich zu leben hätte. Ich hoffe, dass ich den Mut habe einzuschreiten, wenn ich erlebe, dass Polizisten einen Menschen zusammenschlagen.

Liebe Polizisten machen Sie nicht mit, sondern gebieten Sie diesem unwürdigen Tun und dem Missbrauch einiger Ihrer Kollegen Einhalt. Erinnern Sie sich an den Eid, dem Sie sich verpflichteten. Auch wer zusieht, ist Teil des Geschehens. Polizisten steht es nicht zu, ihre emotionalen Zustände an Bürgern auszulassen. Es gibt klare Aufgaben und Gesetze, an die sich auch Polizisten zu halten haben, und sie haben einen Eid geschworen: »Ich schwöre, das Grundgesetz und alle in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.« Ein Polizist, der sich seiner Verantwortung und seiner Aufgabe bewusst ist, lebt sich nicht persönlich aus, sondern handelt seinem Eid entsprechend. Jede Form willkürlicher Gewalt ist ein Missbrauch seiner Position und muss geahndet werden.

> »Der Sturm wird immer stärker.«
> »Das macht nichts. Ich auch.«
>
> Pippi Langstrumpf von Astrid Lindgren

Was sollen Rufe wie »schämt euch!«? Würden diese brutalen Polizisten sich schämen, wären sie zu derartigen Handlungen nicht fähig. Das, was hier geschieht, entbehrt oft jeder rechtlichen Grundlage und ist trotzdem möglich. Das hatten wir schon, und wo es enden kann, ist wohl bekannt. Vergangene Woche gab es an der Weltzeituhr eine zweite Demo. Ich weiß nicht, welcher Nation sie diente, und es waren viele Menschen, mehr als hier. Es gab viele bunte Fahnen. Dort standen die Menschen eng beisammen, und viele trugen keine Masken. Polizei war nicht zu sehen.

### LICHT AM ENDE DES TUNNELS

Nun, es ist eine Zeit, die sowohl Herausforderung als auch Hereinforderung ist. Und ich möchte mit euch Visionen teilen, die sich mir zeigen und in denen das Licht am Ende des Tunnels aufscheint. Es tut mir gut, andere Menschen zu umarmen, ihnen nahe zu sein, und ich weigere mich, Begrüßungen mit Füßen, Fäusten, Ellenbogen zu leben. Übrigens finde ich diese seltsamen Begrüßungen mit dem Ellenbogen sehr bezeichnend, leben wir doch in einer Ellenbogengesellschaft. In meiner Vision sehe ich immer mehr Menschen, die sich an ihren gesunden Menschenverstand erinnern und prüfen, was ihnen von den Regierungen serviert wird. Wir Menschen stehen auf, wenn unsere Rechte mit Füßen getreten werden, wir schließen uns zusammen und treten vor die Regierungen mit der Botschaft: Die Regierung ist für das Volk da. Wir sind eure Arbeitgeber. Volksentscheide und direkte Bürgerbeteiligung sind die Basis freiheitlicher Regierungen.

### EIN VIROLOGE, EIN TIERARZT, EINE OLIGARCHIN UND IHRE HANDLANGER?

Doch hat die jetzige Form der Regierung überhaupt noch eine Existenzberechtigung? Ein Virologe, ein Tierarzt, eine Oligarchin und ihre Handlanger entscheiden im Alleingang über das Wohl und Wehe eines Volkes. Dem muss Einhalt geboten werden. Und die Vergabe von Steuergeldern durch Regierungen muss mit dem Volk abgestimmt und öffentlich gemacht werden und in Abwägung, wohin die Gelder fließen, durch Volksvertreter aus jedem Bundesland geprüft werden.

Das Gesundheitssystem gehört nicht an die Börse, sondern in die Hände von kompetenten Ärzten, Wissenschaftlern, Heilern. Die Verwaltung muss neu strukturiert werden, zum Wohle aller. Entscheidungen der Regierung, geplante Gesetze usw. müssen dem Volk öffentlich vorgelegt werden, so dass wir eine Mitsprache haben.

Keine Regierung hat das Recht, sich anzumaßen, über andere Menschen zu herrschen beziehungsweise zu *frau*schen. Das ist nur Regierenden möglich, die sich so weit von den Menschen entfernt haben, dass sie ihre perversen Machtgelüste ausleben und für die eine Realität außerhalb ihres Dunstkreises nicht existiert. Mit dem Geld des Volkes und damit einhergehender Vorteile hat man sich eingerichtet.

### WIR BESTIMMEN, WAS WIR KAUFEN

Es liegt an uns, in die Veränderung zu gehen. Ich halte es für eine Illusion von Regierungen zu erwarten, dass sie sich in Richtung Volk bewegen. Ein wichtiger Aspekt, wie wir etwas bewirken können, liegt aus meiner Sicht im Konsumverhalten der Menschen. Das ist eine Macht, die unterschätzt wird. Was die Menschen kaufen, bestimmt den Markt. Würde sich jeder Mensch beim Einkauf fragen »Brauche ich das wirklich?«, gäbe es vermutlich so einiges weniger im Korb.

Warum unterstützen so viele Menschen noch immer Amazon und andere Profiteure der Krise? Weil es bequem ist? Nun, der wirtschaftliche Schaden wird uns auf die Füße fallen. Boykottiert Amazon und andere digitale Bestellsysteme. Prüft euren Konsum. Ich weiß, dass Kaufen beruhigt. Nur aus meiner Sicht sind diese Bonbons schnell gelutscht.



Foto: Stephan Friedrichsberger

*Ilona spricht auf dem Berliner Alexanderplatz.*

Kinder sind Geschenke, zumindest meistens. Ihnen zu verbieten, mit Freunden zu spielen und Kind zu sein, und ihnen Masken ins Gesicht zu zwingen, ist für mich eine Vergewaltigung der Jüngsten. Es ist hohe Zeit zu erkennen, dass Kinder Wunder sind, und es ist ein Verbrechen, ihnen Spielen, Kontakt, Lebendigkeit zu verbieten. Ich sehe Menschen, die sich und ihren Kindern die Masken vom Gesicht nehmen und damit die perverseste Willkür dieser Regierung beenden. Die Gesundheitsschäden, die Masken verursachen, sind mittlerweile bekannt.

### DAS LEBEN IST EIN LEBENDIGES SEIN

Ich sehe tanzende, singende, sich umarmende Menschen, die in Freue und Ausgelassenheit in die Welt strahlen. Gesundheit entsteht an frischer Luft, im Miteinander-Sein, in der Bewegung und nicht in Isolation und Einsamkeit – diese Zustände, die den Menschen von dieser Diktatur verordnet wurden, machen krank und aus meiner Sicht ist genau das das Ziel. Doch immer mehr Menschen erkennen, wem Corona dient und warum die Coronesen dieses Geschehen inszenieren.

Ich respektiere jeden Menschen, der sich für Tests und Impfung entscheidet. Für mich habe ich gewählt, dass ich mich weder Tests, noch Impfung unterziehen werde. Und es steht keiner Regierung zu, mich als Versuchsobjekt zu benutzen. Ich bin eine freie Menschin! Erinnern wir uns unserer Macht als menschliche Wesen, und jagen wir dieses Regime zum Teufel, also dorthin, wo sie hingehören. Möglicherweise kennen einige von euch das Buch von Viktor Fankl »Trotzdem Ja zum Leben sagen«. Ich empfehle es euch, denn es ist aktueller denn je.

**Ilona Si Moussa ist 66 Jahre alt und durchstreift als Kräuterweib die Wälder rund um Berlin. Sie leistet mit ihren Reden immer wieder einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebewegung.**

# Grundgesetz

***Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:***

**Artikel 1**
**(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**
**(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**
**(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.**

**Artikel 2**
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**Artikel 3**
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

**Artikel 4**
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

**Artikel 5**
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Artikel 6**
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

**Artikel 7**
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

**Artikel 8**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

**Artikel 9**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

**Artikel 10**
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

**Artikel 11**
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

**Artikel 12**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

**Artikel 12a**
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

**Artikel 13**
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

**Artikel 14**
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

**Artikel 15**
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

**Artikel 16**
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

**Artikel 16a**
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

**Artikel 17**
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

**Artikel 17a**
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

**Artikel 18**
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

**Artikel 19**
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

**Artikel 20**
**(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.**
**(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.**
**(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.**
**(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT
BERTOLT BRECHT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

**Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND»** (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 34. Ausgabe ab Samstag, 23. Januar 2021. | Redaktionsschluss war am 21. Januar, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57**.

**Chefredaktion**: Sophia-Maria Antonulas, Anselm Lenz (Stv.) **Chef vom Dienst:** Hendrik Sodenkamp **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressortleitung Politik:** Ullrich Mies **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Chris Stein, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Redaktion:** Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann. Johnny Rottweil, Aya Velázquez, Samuel Gfrörer. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

**Herausgegeben** von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH i. Gr., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.